

Der globale Rahmen zur Bekämpfung von Finanzkriminalität

**Erhöhung der Effektivität & Verbesserung der
Wirkung, ein Bericht vom Institute of International
Finance und von Deloitte**

Executive Summary	04
Globale systemische Verbesserungen für das Risikomanagement der Finanzkriminalität	13
Förderung von öffentlich-privaten Partnerschaften	17
Verbesserung des grenzüberschreitenden und inländischen Informationsaustauschs	23
Verbesserung der Datennutzung und -qualität	29
Reform des Suspicious Activity Report (SAR)-Systems	35
Verbesserung bei uneinheitlichen Umsetzungen von Finanzkriminalitäts-Compliance-Standards und Anleitungen, sowie Schaffung regulatorischer Klarheit	39
Verstärkung und Verbesserung des Einsatzes von Technologie zur Bekämpfung illegaler Finanzierungen	43
Fazit	47
Fußnoten	48
Key Contacts	52

Executive Summary

Es besteht zunehmend Konsens darüber, dass der derzeitige globale Rahmen zur Bekämpfung der Finanzkriminalität nicht effektiv genug ist, und dass auf internationalen, regionalen und nationalen Ebenen mehr getan werden muss, um illegale Finanzströme zu identifizieren und einzudämmen, da sie einige der schlimmsten Probleme, mit denen die Gesellschaft heute konfrontiert ist, unterstützen, darunter Terrorismus, sexuelle Ausbeutung, moderne Sklaverei, Wilderei und Drogenschmuggel.

Finanzkriminalität trägt sowohl zu gesellschaftlichen Missständen als auch zur Bedrohung der Finanzstabilität bei, daher muss die Eindämmung sowie die Prävention dieser Kriminalität priorisiert werden. Während schon Milliarden in den Kampf gegen diese Formen der Kriminalität investiert wurden, muss nun mehr Gewicht auf die Rechtsdurchsetzung mit Hilfe des Privatsektors gelegt werden, sowie auf der Gewährleistung des rechtlichen und regulatorischen Rahmens und auf die Erweiterung des Toolkits für das Risikomanagement im Hinblick auf Finanzkriminalität, um es den Stakeholdern zu ermöglichen, effektivere Ergebnisse zu erzielen.

Dies bedeutet nicht, dass in diesem Bereich keine Fortschritte erzielt wurden. Die Financial Action Task Force (FATF), die jetzt im dreißigsten Jahr ihres Bestehens ist, hat eine Vorreiterrolle bei international koordinierten Maßnahmen zur Reduzierung grenzüberschreitender Finanzkriminalität gespielt und tut dies auch weiterhin in neuen und dynamischen Bereichen. Jedoch würde eine Kombination aus Regulierungsreform, Kulturwandel, der Einführung von neuen Arbeitsweisen und dem Einsatz neuer Technologien die Leistung von Regierungen, Strafverfolgungsbehörden und Finanzdienstleistern bei der Bekämpfung der Bedrohungen auf globaler Basis beträchtlich verbessern.

Dieser Artikel beschreibt drei große Themenschwerpunkte für den öffentlichen und den privaten Sektor: die Systemstabilität und gesellschaftlichen Auswirkungen der Finanzkriminalität, Einschränkungen in der Wirksamkeit des globalen Risikomanagements von Finanzkriminalität, sowie Zukunftsperspektiven bei der Verbesserung des globalen Risikomanagements.

Diese Themenschwerpunkte basieren auf sieben Instrumenten, bei denen Reformen systemischer oder taktischer Natur die übergreifende Wirksamkeit steigern und eine schrittweise und doch schnelle Verbesserung ermöglichen würden, um den globalen Dialog über sinnvolle Veränderungen fortzusetzen. Einige dieser Instrumente werden bereits geprüft oder durch die FATF unter Berücksichtigung bestimmter regionaler und lokaler Gegebenheiten in die Tat umgesetzt, und einige beschreiten neue Wege. Zusammengefasst zeigen sie eine Entwicklung auf, wie die Gesellschaft Finanzkriminalität bekämpfen kann.

Globale systemische Verbesserungen für das Risikomanagement der Finanzkriminalität

Die effektive und konsequente Anwendung globaler Standards ist eines der wichtigsten Mittel, das Finanzsystem zu schützen und Kriminelle daran zu hindern, von ihren Verbrechen zu profitieren. Die uneinheitliche Anwendung von Standards kann zu Konflik-

ten zwischen Regularien beziehungsweise zu einem Zusammenbruch der Zusammenarbeit führen, was zu Ineffizienzen, negativen Folgen und der Schaffung von Schlupflöchern führt, die von Kriminellen ausgenutzt werden können.

Faktoren wie die Überprüfung der Risiken für die Finanzstabilität durch die Fragmentierung globaler Regularien, eine Überprüfung der Wirksamkeit und Verbesserung der Umsetzung der FATF-Standards, sowie Beratung und zunehmende finanzielle, logistische und strukturelle Unterstützung für heimische und multilaterale Organisationen zur Geldwäschebekämpfung (Anti Money Laundering, AML) oder Anti-Terrorismusfinanzierung (Countering the Financing of Terrorism, CFT) unterstützen die Korrektur von Ungleichgewichten, die zu systemischen Störungen auf globaler Ebene führen können.

Förderung von öffentlich-privaten Partnerschaften

Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) - eine Zusammenarbeit zwischen Finanzinstituten (FI), Strafverfolgungsbehörden, politischen Entscheidungsträgern und Regulierungsbehörden zur Bekämpfung der Finanzkriminalität - sind von zentraler Bedeutung für die effektive Entwicklung eines erkenntnisgestützten Modells der Finanzkriminalität. ÖPP entwickeln sich in der Erkenntnis, dass es eine klare Schnitt-

menge der Interessen aller Beteiligten bei der Bekämpfung der Finanzkriminalität gibt und dass durch die Entwicklung von Strukturen für einen besseren Informationsfluss und von intelligenten Lösungen in Kooperation durch alle Beteiligten, dass böswillige Akteure effektiver gestört und weitere kriminelle Eingriffe in das Finanzsystem verhindert werden können.

Während in einer Reihe von Ländern bei der Entwicklung von ÖPP hervorragende Fortschritte erzielt wurden, ist noch viel zu tun, um ihr Potenzial voll auszuschöpfen. In diesem Artikel werden eine Reihe von Förderempfehlungen für die Weiterentwicklung von ÖPP vorgeschlagen, die sie unter anderem mit angemessenen Mitteln ausstatten, verbesserte und effektivere Schnittstellen für den Informationsaustausch bieten, mit verbesserter Technologie fördern, und sie in die Lage versetzen, effektiver branchen- und grenzüberschreitend hinweg zu arbeiten.

ÖPPs bieten eine einzigartige Gelegenheit, um die richtigen Informationen und Erkenntnisse dort bereitzustellen, wo sie im Kampf gegen Finanzkriminalität am meisten Nutzen haben, um gute Ergebnisse zu erzielen. Aufsichtsbehörden und Politik spielen eine maßgebliche Rolle bei der Entwicklung von ÖPPs. Die Schaffung klarer regulatorischer Rahmenbedingungen hinsichtlich der Rolle der ÖPP kann die Mitwirkung fördern und dazu beitragen, die allgemeine Wirksamkeit des Rechtsrahmens zu verbessern.

Verbesserung des grenzübergreifenden und inländischen Informationsaustauschs

Das Risikomanagement der Finanzkriminalität kann verbessert werden, indem der Informationsaustausch über Finanzkriminalität im In- und Ausland erleichtert wird. Dieser Austausch ist für das reibungslose Funktionieren von AML/CFT und anderen Maßnahmen zur Vorbeugung gegen Finanzkriminalität wichtig. Er ist ebenso unverzichtbar für die Berücksichtigung geopolitischer Prioritäten wie der Verhinderung der Finanzierung von Waffen-Proliferation. Hingegen können Themen wie uneinheitliche rechtliche Rahmenbedingungen für den Datenschutz, die Bearbeitung von Informationen zum Suspicious Activity Report (SAR),

Vertraulichkeit und das Bankgeheimnis Hindernisse darstellen, die den Informationsaustausch hemmen.

Auf internationaler Ebene ist die FATF dazu angehalten, weiterhin global koordinierte Reformen voranzutreiben, die die Wirksamkeit der Regelungen zum Informationsaustausch zwischen ihren Mitgliedstaaten verbessern. Insbesondere sollten die Tätigkeiten zur Verbesserung des Informationsaustauschs auf konzernweiter Ebene von Finanzinstituten, zwischen den Finanzinstituten, zwischen Finanzinstituten und Regierung, und zwischen Regierungen (jeweils in beide Richtungen), sowohl national als auch international, fortgesetzt werden. Die Umsetzung des derzeitigen FATF-Rahmens zur Verbesserung des Informationsaustauschs sollte von den FATF-Mitgliedstaaten vorangetrieben werden, und weitere Änderungen der FATF-Standards sollten in Betracht gezogen werden, um ein Höchstmaß an internationaler Kohärenz und Wirksamkeit sicherzustellen.

In diesem Beitrag wird auch empfohlen, dass die Regierungen der G20 und weiterer Länder, sowie internationale politische Gremien, frühzeitig Möglichkeiten für den Informationsaustausch auf strategischer Ebene suchen, sowie bestimmte Typologien und geografische Indikatoren für das Risiko von Finanzkriminalität auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene durch ÖPP und andere Mechanismen.

Länder, die sich zur Bekämpfung komplexer Finanzkriminalität verpflichten, sollten überlegen, wie ein potenziell umfassender Einblick eines globalen Finanzinstituts in Fällen grenzüberschreitender Finanzkriminalität besser genutzt werden kann. Es wäre sinnvoll sicherzustellen, dass dort, wo ein weitgehend vollständiges Verständnis der Abläufe erzielt wurde, dies nicht zum Zweck der Berichterstattung in Teile aufgeschlüsselt werden muss. In dieser Hinsicht könnte beispielsweise die Einführung eines „multi-nationalen“ SAR fortschrittlich sein.

Verbesserung der Nutzung und der Qualität von Daten

Datennutzung kann transformativ wirken. Es besteht ein gewisser Konsens über die

Bedeutung und den Nutzen der Zusammenstellung, Standardisierung und Bereitstellung kontextbezogener Datensätze durch Hilfsprogramme in einem konsistenten Prozess, der von Finanzinstituten zur Erfüllung der wichtigsten Kriterien für Know Your Customer (KYC) und Customer Due Diligence (CDD) verwendet werden kann, neben weiteren proaktiven Untersuchungsansätzen.

Derzeit ist die KYC-Datenlandschaft zumeist fragmentiert. Verschiedene Finanzinstitute können jeweils Informationen über denselben Kunden haben, die sich gegebenenfalls überschneiden, welche aber andererseits uneinheitlich und unvollständig sein können. Diese Schwachstelle können Kriminelle verwenden, um das Finanzsystem auszunutzen.

Eine Ausweitung der Verfügbarkeit zentralisierter Unternehmensinformationen durch Register für wirtschaftlich Berechtigte über die Strafverfolgungsbehörden und Regulatoren hinaus würde, wo dies noch nicht möglich ist, eine effektive Verstärkung in einem der als am schwierigsten angesehenen Bereiche des KYC-Prozesses ermöglichen. Die Weiterentwicklung der KYC-Instrumente könnte die Wissenslücken zwischen Finanzinstituten, die von Kriminellen ausgenutzt werden können, weiter verringern, während der potenzielle Wert der digitalen Identifikation (ID) auf Einzel- und Unternehmensebene sowohl ein Mittel zur Verbesserung der Effizienz als auch der Effektivität der KYC- und CDD-Prozesse ist.

Es ist auch wichtig, dass die Organisationsstrukturen - zum Beispiel zwischen AML-, Cyber- und Betrugsermittlungs-Teams - keine Schranken errichten, die den Datenaustausch und die Entwicklung eines umfassenden Verständnisses für Kriminelle und kriminelle Bedrohungen, die themenübergreifend funktionieren, verhindern. Verstärkte Bemühungen zur Verbesserung der Datenfusion zwischen Organisationen sind ein wesentlicher Faktor für eine wirksame und effiziente Lösung zur Vermeidung und Aufdeckung von Finanzkriminalität.

Reform des Meldewesens für verdächtige Aktivitäten (Suspicious Activity Report, SAR)

Die gegenwärtige Art und Weise wie SARs gehandhabt werden stellt sowohl die Finanzinstitute als auch die Strafverfolgungsbehörden vor Herausforderungen. Eine wesentliche Anzahl der SARs die an Strafverfolgungsbehörden übermittelt werden, werden als von nur begrenztem Erkenntniswert eingestuft oder sind unzureichend. Die Verarbeitung einer hohen Anzahl solcher Anzeigen von geringer Qualität, die die Untersuchung krimineller Aktivitäten nicht verbessern, bindet die bereits begrenzten Ressourcen bei der Financial Intelligence Unit (FIU) und ist für die Maßnahmen der Strafverfolgung ineffektiv. Dieser Beitrag bestreitet sicherlich nicht die Notwendigkeit des SAR-Regimes, sondern schlägt eine Reihe von Empfehlungen vor, die dessen Wirksamkeit verbessern sollen.

Die Verbesserung des Feedbacks zwischen FIUs und den Finanzinstituten ist hierbei von zentraler Bedeutung. Dies würde positive Wechselwirkungen zeigen und somit den Berichtenden helfen, ihre Systeme und Kontrollen zu verfeinern und weniger SARs mit geringer Qualität zu übermitteln. Diese Verringerung wiederum reduziert den Druck auf die FIU und ermöglicht es, Ressourcen effektiver einzusetzen. Zur Verbesserung des Feedbacks bedarf es der angemessenen Ausstattung und Befähigung der FIUs durch moderne Technologie.

Die Wirksamkeit von SARs könnte auch durch Reformen verbessert werden, die den Einsatz von Ressourcen optimieren und bessere Ergebnisse liefern. Ein Modell, mit dem Stakeholder hinsichtlich vereinbarter nationaler Prioritäten besser zusammenarbeiten könnten, würde die Erstellung eines umfassenden Lagebildes zur Information der Stakeholder vorantreiben und wesentlichen Bedrohungen entgegenwirken lassen. SAR-Berichte „auf Anfrage“ würden es Finanzinstituten ermöglichen, einen zusammengefassten Verdachtsbericht bei der FIU einzureichen, die bei tatsächlichem Interesse eine umfassendere Untersuchung beantragen könnte. Damit würden sich die Ermittlungsbemühungen der Finanzinstitute auf diejenigen Bereiche

konzentrieren, die von wirklichem Interesse für die Strafverfolgung sind.

Eindämmung der inkonsistenten oder inkohärenten Umsetzung von Finanzkriminalitäts-Compliance-Standards und Richtlinien, sowie Schaffung regulatorischer Transparenz

Der Umfang der Umsetzung des Rechtsrahmens zur Finanzkriminalitäts-Compliance erfordert eine sorgfältige Prüfung sowohl im Kontext der Geltungsbereiche unterschiedlicher Jurisdiktionen als auch der internationalen Zusammenarbeit.

Die Empfehlungen der FATF in nationale Gesetze umzusetzen obliegt den einzelnen Ländern, in denen kulturelle, politische und rechtliche Unstimmigkeiten die Umsetzung eines kohärenten Rechtsrahmens untergraben können. In einigen Fällen haben internationale politische Gremien wie die FATF und der Basler Ausschuss übergeordnete Leitlinien bereitgestellt. Um Unstimmigkeiten im internationalen Rahmen, die von Kriminellen ausgenutzt werden können, zu beseitigen, sollten darauf entsprechende Anweisungen der nationalen Regulierungsbehörden folgen.

Darüber hinaus ist es für den öffentlichen Sektor wichtig, die Regulierungspolitik so festzulegen und zu überwachen, dass die Finanzinstitute Richtlinien umsetzen können, die dem Gesamtkonzept der Regierungen zur Bekämpfung von Finanzkriminalität entspricht. Klare und konsequente Leitlinien des öffentlichen Sektors, die auf der Ebene der Bankrevision gewissenhaft umgesetzt werden, sind in diesem Zusammenhang von entscheidender Bedeutung und sollten darauf abzielen, vom reinen „Abhaken“ von Compliance-Anforderungen wegzukommen, um sich stärker auf die Bewertung der Ergebnisse zu konzentrieren.

Vermehrter und verbesserter Einsatz von Technologie zur Bekämpfung von Finanzkriminalität

Neue Technologien haben die Bemühungen der Finanzinstitute zur Finanzkriminalitäts-Compliance gestärkt und versprechen einen effektiven Einsatz innerhalb der FIU. Die G20-Regierungen sowie die internationale Gemeinschaft sollten den Innovationsprozess im Bereich der Technologien

zur Finanzregulierung fördern, da dies zur Einhaltung der Vorschriften bezüglich Finanzkriminalität beiträgt und das Risikomanagement insgesamt verbessert.

Gleichzeitig würde eine Untersuchung der Hindernisse bei der Einführung neuer Technologien dazu beitragen, das Risikomanagement-Toolkit zu erweitern und die Resultate zu optimieren. Eine besondere Rolle kommt beispielsweise der Verarbeitung von Daten durch neue Arten von Technologien wie maschinelles Lernen zu.

Fazit

Dieser Bericht stützt sich auf Themen und Fragestellungen, die im Rahmen von Interviews mit öffentlichen und privatwirtschaftlichen Interessengruppen aufgeworfen wurden, und analysiert diese. Die Autoren möchten sich bei all jenen bedanken, die ihre Zeit und ihr Wissen zu einer hoffentlich nützlichen Zusammenfassung von Themen beigesteuert haben, die sich auf die Wirksamkeit des Risikomanagements bei Finanzkriminalität auswirken, sowie auf Möglichkeiten, die - idealerweise zusammen wahrgenommen - zu besseren Ergebnissen führen und den kriminellen Missbrauch von innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Finanzmitteln zu reduzieren.

Überblick

Der weltweite Kampf gegen Finanzkriminalität ist von größter Bedeutung, daher muss mehr auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene zur Ermittlung und Eindämmung illegaler Finanzströme getan werden. Um dieses Problem eingehender zu beleuchten, haben das Institute of International Finance (IIF) und Deloitte zusammen Finanzinstitute, politische Entscheidungsträger, Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden in mehreren Ländern befragt, um aktuelle Perspektiven in der Finanzdienstleistungsbranche und im öffentlichen Sektor hinsichtlich der Herausforderungen für das globale Finanzkriminalitäts-Risikomanagement einzuschätzen.

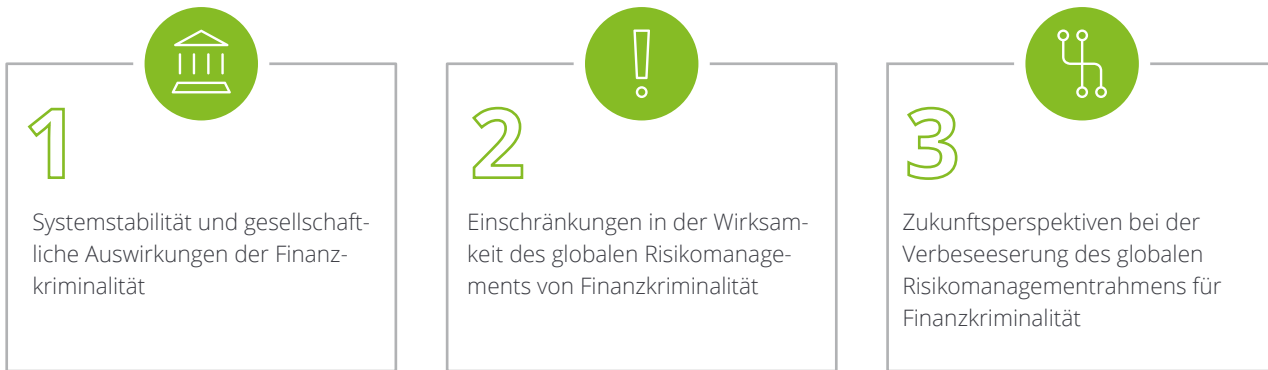
Die Grundlage dieses Artikels kombiniert Recherche und Interviews mit Finanzinstituten (im privaten Sektor) und Behörden

(im öffentlichen Sektor), die Verantwortlichkeit für AML/CFT und weitergehende Finanzkriminalitätsbekämpfungspolitik und -durchsetzung in Europa, Afrika, Nord- und Südamerika, Asien und im Nahen Osten tragen. Als solcher präsentiert der Bericht sowohl einen globalen Ausblick auf den aktuellen Stand des Finanzkriminalitäts-Risikomanagements als auch wesentliche Empfehlungen, die zur Verbesserung der Gesamtwirksamkeit der Maßnahmen zur Eindämmung des kriminellen Missbrauchs im internationalen Finanzsystem berücksichtigt werden sollten.

Obwohl bereits Milliarden in die Lösung dieses Problems investiert wurden, sollte mehr Wert daraufgelegt werden, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen sowie der Werkzeugkasten der Finanzkriminalitäts-Compliance optimiert werden, um bessere Resultate zu erzielen. Eine Kombination aus Regulierungsreform, Kulturwandel und dem Einsatz neuer Technologien könnte die Leistung von Regierungen, Strafverfolgungsbehörden und der Finanzindustrie gegen Bedrohungen durch kriminelle Geldgeber beträchtlich verbessern. Finanzkriminalität führt sowohl zu gesellschaftlichem Schaden als auch zu Gefahren für finanzielle Stabilität und Eingliederung, deshalb müssen deren Eindämmung und Vorbeugung priorisiert werden und weitere, international koordinierte und einheitliche Maßnahmen ergriffen werden.

„Eine Kombination aus Regulierungsreform, Kulturwandel und dem Einsatz neuer Technologien könnte die Leistung von Regierungen, Strafverfolgungsbehörden und der Finanzindustrie gegen Bedrohungen durch kriminelle Geldgeber beträchtlich verbessern.“

Abb. 01 – Dieser Artikel beschreibt drei Themenschwerpunkte für öffentliche und private Sektoren



Systemstabilität und gesellschaftliche Auswirkungen der Finanzkriminalität

Die Regulierungsreformen seit der globalen Finanzkrise vor mehr als einem Jahrzehnt haben die Stabilität des internationalen Finanzsystems erhöht. In den letzten zwölf Jahren haben die G20-Staaten über die internationalen Normungsgremien¹ die Ziele erreicht, qualitativ hochwertigere Kapitalstandards zu setzen und die Zyklichkeit zu verringern; sie haben die Kompensationspraktiken zur Unterstützung der Finanzstabilität reformiert; globale Liquiditätsstandards etabliert; und sich mit grenzüberschreitenden Lösungen befasst. Gleichzeitig haben erhöhte Überwachung und Aufsichtsnormen bei der weiteren Absicherung des gesamten Finanzsystems geholfen.

Die Finanzinstitute wiederum haben darauf reagiert, indem sie deutliche Fortschritte bei der Kapitalbeschaffung gemacht, qualifizierte Mitarbeiter für neue Zuständigkeiten wie Wiederherstellungs- und Abwicklungsplanung eingesetzt, interne und externe Berichterstattung verbessert und die Corporate Governance- und Risikomanagementstandards umfassend erweitert haben. In Bezug auf mehr Kapital (mit höherer Qualität), erhöhte Liquidität und weniger Fremdkapitalaufnahme ist damit der Finanzsektor widerstandsfähiger und robuster geworden.

Während die genannten Reformen dazu beigetragen haben, das Systemrisiko zu mindern und sicherzustellen, dass die Welt

für zukünftige Krisen besser aufgestellt ist, braucht es im Hinblick auf Risiken, die von Bereichen außerhalb der ursprünglichen aufsichtsrechtlichen Reformagenda ausgehen, schnelle und koordinierte Maßnahmen auf globaler Ebene. Bedrohungen der operativen Widerstandsfähigkeit von Finanzdienstleistungsunternehmen, Fragmentierung von Märkten und die zunehmende Verbreitung von Cyber-Vorfällen können die Systemstabilität schwächen. Ganz oben auf der Liste der Aufsichtsbehörden und politischen Entscheidungsträgern, die zukünftige Schocks für die globale Finanzarchitektur zu verhindern suchen, sollte jedoch die konkrete Bedrohung durch das Eindringen krimineller Aktivitäten in die legitime Finanzintermediation gegenwärtig sein. Hierzu gehören unter anderem Geldwäsche, die Finanzierung von Terrorismus und der Proliferation von Waffen, Betrug, Korruption, Bestechung und Unterschlagung.

Obwohl der globale Kampf gegen die Finanzkriminalität unabdingbar ist, so ist der Rahmen des Finanzkriminalitäts-Risikomanagements nicht so effektiv, wie er sein sollte oder könnte. Der Gesamtbetrag der weltweit gewaschenen Gelder wird beispielsweise jedes Jahr auf 2% bis 5% des globalen BIP geschätzt, bzw. auf 715 Milliarden EUR bis 1,87 Billionen EUR.² Allein in der EU werden weniger als 1% der illegalen Finanzströme abgefangen, und hierbei ist die Tatsache, dass illegale Einnahmen nicht immer ihren Weg in das Finanzsystem finden, nicht einmal berücksichtigt.³ Diese

grenzüberschreitende Finanzkriminalität stützt einige der schlimmsten Probleme der heutigen Gesellschaft, einschließlich Terrorismus, sexuelle Ausbeutung, moderne Sklaverei,⁴ Wilderei und Drogenschmuggel.

Ausmaß und Auswirkungen des Problems sind immens, aber die Lösung liegt nicht in erster Linie in mehr Investitionen in Ressourcen. Kürzlich befragte Unternehmen und Banken gaben an, sie hätten zusammen durchschnittlich 3,1% des weltweiten Umsatzes 2018 ausgegeben, um kriminelle Eingriffe in ihre gruppenweite Tätigkeit zu verhindern, was 1,28 Billionen USD entspricht.⁵

Finanzkriminalität betrifft auch die am stärksten gefährdeten Mitglieder der Gesellschaft und kann zu deren finanzieller Ausgrenzung führen, was im direkten Widerspruch zu den Zielen der G20 und der globalen Gemeinschaft steht. Korrupte Beamte bestehlen die Finanzbestände ihres Landes und vermindern damit die Fähigkeit der Regierung, öffentliche Dienstleistungen wie das Gesundheitswesen und die kommunale Infrastruktur zu finanzieren. Analysen der handelsbezogenen Finanzströme in 148 Entwicklungsländern im Zeitraum 2006-2015 deuten darauf hin, dass potenziell durchschnittlich 27% im Zusammenhang mit illegalen Finanzströmen standen, wovon 45% in Offshore-Finanzplätzen landeten.⁶ Betrug und Bestechung haben betriebswirtschaftliche Auswirkungen, wie z. B. der Verlust

von Existenzgrundlagen und Wohnungen. Menschenhandel und Drogenhandelschleusen wirtschaftlich Benachteiligte in einen Abhängigkeitszyklus mit dem Risiko von erheblichen gesundheitlichen Folgen und Gewalt. Studien zeigen, dass 40,3 Millionen Menschen auf der ganzen Welt Opfer des Menschenhandels sind.⁷ Terroristen und Finanzierer der Waffenproliferation, die grenzüberschreitende Finanzwege missbrauchen, bringen jeden in Gefahr und erhöhen die Wahrscheinlichkeit von bewaffneten Auseinandersetzungen.

Die schiere Größe des Problems birgt ein Risiko für die globale Finanzstabilität. Als ein Beispiel: Die „Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht“⁹ des Basler Ausschuss sind der De-facto-Mindeststandard für eine solide aufsichtsrechtliche Regulierung und Überwachung von Banken und Bankensystemen und machen deutlich, dass ein innerer Zusammenhang zwischen der Integrität der Finanzen und der Stabilität des Finanzsystems besteht. Der systematische Missbrauch legitimer Finanzkanäle kann zu einem Reputationsrisiko führen und das Vertrauen von Kunden und Investoren zerstören. Dies kann negative gesamtwirtschaftliche Konsequenzen haben, wenn der Kapitalfluss unterbrochen wird oder die Liquiditätspositionen von Finanzinstituten durch den Abfluss von Einlagen oder die Zahlung erheblicher Geldbußen untergraben werden.

Die Erträge aus Korruption, die über das Finanzsystem geleitet werden, können ganze Länder und Regierungen schwächen, insbesondere in Schwellenländern. Mangelndes Vertrauen in die Märkte, hervorgerufen durch schwache Kontrollen, die beispielsweise eine ungezügelter Kleptokratie ermöglichen, können Auslandsinvestitionen destabilisieren und wichtige Entwicklungsprojekte bedrohen. Steuerbemessungsgrundlagen können durch die Weiterleitung von Erträgen in das Ausland oder durch die Vermischung legitimer wirtschaftlicher Aktivitäten mit kriminellen Vermögenswerten ausgehöhlt werden. Wenn darüber hinaus die Fähigkeit zum Risikomanagement im System verhindert wird, können bestimmte Teile der

Gesellschaft ohne Bankkonto Gelder in den Schwarzmarkt oder das Schattenbankensystem ableiten, was zu Problemen bei der finanziellen Inklusion führt.¹⁰

Dies bedeutet nicht, dass in diesem Bereich keine Fortschritte erzielt wurden. Die FATF,¹¹ die jetzt im dreißigsten Jahr ihres Bestehens ist, hat eine Vorreiterrolle bei der Festlegung internationaler Standards und bei der Bewertung deren Einhaltung gespielt, und somit bessere Ergebnisse bei der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität erzielt. Die FATF war auch der erste Normgeber, der mit der Bewertung der Wirksamkeit der eigenen Standards in der Praxis begann, und war auch Wegbereiter in neuen Bereichen, unter anderem als erster, der Standards für virtuelle Vermögenswerte festlegte. Die Arbeit der FATF entwickelt sich darüber hinaus dynamisch weiter und hat insbesondere beachtliche Fortschritte bei der Bekämpfung der Bedrohungen durch den Terrorismus erzielt.

Weitergehende Prüfungen einer global konsistenten Regulierungsreform, des Einsatzes von Technologie und des kulturellen Wandels könnte jedoch die Bemühungen der FATF, der Regierungen, der Strafverfolgungsbehörden und der Finanzdienstleistungsbranche zur Bewältigung der globalen Bedrohungen erheblich verstärken.

Menschenhandel

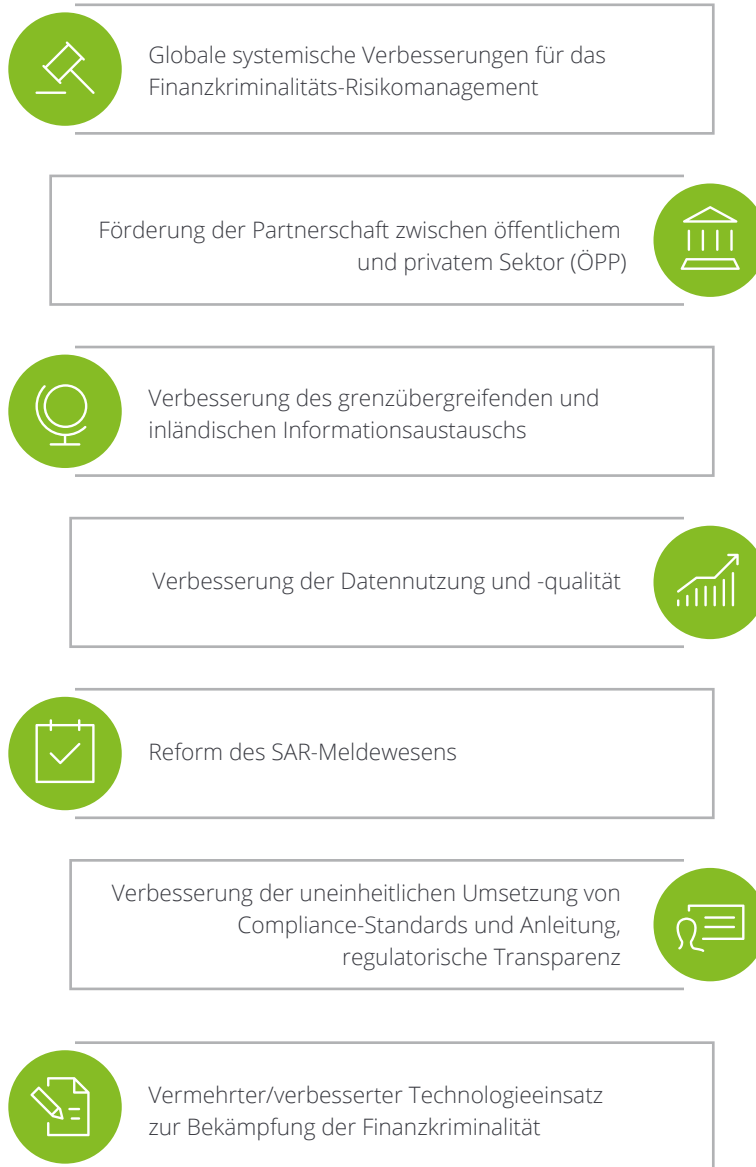
Ein Artikel der FATF/Asia Pacific Group aus dem Jahr 2018, „Financial Flows from Human Trafficking“, skizziert sowohl die enormen menschlichen Kosten des Menschenhandels als auch das Ausmaß der Erlöse der damit verbundenen Straftaten, die auf 150 Milliarden USD pro Jahr geschätzt werden.⁸ Fallstudien veranschaulichen die Vielfältigkeit von Opfern, Jurisdiktionen und Vorgehensweisen der kriminellen Vereinigungen. Als roter Faden ist die Bewegung von Geldern und die kriminelle Interaktion mit dem globalen Finanzsystem erkennbar. Zahlungen werden durchgeführt, um Kriminalität zu ermöglichen; zum Beispiel beim Kauf von Flugtickets, mit denen Opfer über verschiedene Jurisdiktionen hinweg bewegt werden, oder zur Einrichtung von Websites, auf denen die Prostitution dieser Opfer beworben wird. Erlöse aus diesen kriminellen Tätigkeiten werden integriert, verschoben und in weitere kriminelle Aktivitäten reinvestiert, einschließlich der Finanzierung von Terrorismus. Daher hat der regulierte Finanzsektor eine Schlüsselrolle bei der Unterstützung der Strafverfolgung in der Verhinderung und Erkennung dieser schädlichen Form der Kriminalität.

Einschränkungen der Wirksamkeit des globalen Rahmens für das Risikomanagement bei Finanzkriminalität und Zukunftsperspektiven zur Verbesserung

Die Finanzdienstleistungsbranche hat enorme personelle, finanzielle und technologische Mittel investiert, um die Geißel der Finanzkriminalität zu bekämpfen und die in diesem Artikel genannten Probleme anzugehen, welche sich letztendlich auf das Leben der Bürger in jedem Land auswirken. Ebenso arbeiten der öffentliche Sektor und insbesondere die FATF unermüdlich daran, kriminelles Verhalten weltweit auszurotten.

Dennoch bestehen weiterhin systemische Stabilitätsprobleme für die internationale Gemeinschaft - zusammen mit den gesellschaftlichen Auswirkungen der Finanzkriminalität - und es gibt mehrere Instrumente im Risikomanagementsystem zur Bekämpfung der Finanzkriminalität, von denen jedes potenziell die strukturelle Wirksamkeit verbessert. In diesem Artikel werden diese Faktoren in Empfehlungen für langfristige Systemreformen und taktischere Änderungen unterteilt, die eine schrittweise, aber schnelle Verbesserung ermöglichen. Zusammengenommen haben diese einen großen verändernden Einfluss darauf, wie die Gesellschaft die Kriminalität im Bereich der Finanzdienstleistungen bekämpft:

Abb. 02 – Sieben Schritte zur Bekämpfung der Kriminalität bei Finanzdienstleistungen



Derzeit wird in der FATF und anderswo an einigen dieser Instrumente gearbeitet,¹² während wieder andere neue Wege beschreiten. Alle Instrumente bieten eine einmalige Gelegenheit, sowohl Quantität als auch Qualität derjenigen Informationen und Erkenntnisse zu verbessern, die zwischen den Strafverfolgungsbehörden und dem Finanzsektor im Inland und Ausland ausgetauscht werden, und sicherzustellen, dass diese effektiv genutzt werden. Reformen könnten genutzt werden, um die Resultate der Strafverfolgung zu verbessern und die Systeme und Kontrollen der Finanzinstitute effektiver anzuwenden. Dazu sollte das Augenmerk von einem schwellenwertbasierten Compliance-Modell weggelenkt und stattdessen zu einem Modell, das zunehmend auf Informationen und Ergebnisse fokussiert und das Unternehmen und Netzwerke in den Mittelpunkt des Handelns stellt hingelenkt werden – denn Menschen begehen Verbrechen, nicht Bankkonten.

„Dazu sollte das Augenmerk von einem schwellenwertbasierten Compliance-Modell weggelenkt und stattdessen zu einem Modell, das zunehmend auf Informationen und Ergebnisse fokussiert ... hingelenkt werden.“





Globale systemische Verbesserungen für das Risikomanagement von Finanzkriminalität

Hintergrund

Die aktuellen AML/CFT-Regeln basieren größtenteils auf den gemeinsamen Standards der Financial Action Task Force (FATF),¹³ jedoch kann deren Implementierung von Land zu Land unterschiedlich sein, selbst wenn sie im Rahmen einer allgemein verpflichtenden, nationalen oder regionalen Aufsicht angewendet werden. Zu den auftretenden Problemen gehören: inkonsistente Regelungen darüber, welche Rechtsverstöße als Vortaten gelten; inkonsistente KYC-Anforderungen; Hindernisse für die Datenaggregation; unterschiedliche Bestimmungen darüber, welche Risikofaktoren zu berücksichtigen sind und wie diese bewertet werden sollen; unterschiedliche Vorschriften zu SAR-Berichten; inkonsistente Ansätze zur Einrichtung von Registern für wirtschaftlich Berechtigte und zum Informationszugang zu diesen Registern. Es fehlt darüber hinaus ein gemeinsamer Ansatz über die Höhe der Sanktionen für Gesetzesverstöße.¹⁴ Obwohl nationale Kompetenzen anzuerkennen sind, müssen Finanzinstitute, Regulierungsbehörden, Aufsicht und Strafverfolgung darauf vertrauen können, dass die Regeln und Strafen für Verstöße angemessen sind. Dies beseitigt einen der Anreize für Verbrecher, ihre Operationen in Jurisdiktionen durchzuführen, von denen sie wissen, dass diese schwächer als andere sind.¹⁵

Diese uneinheitlichen Anwendungen der Aufsichtsbefugnisse durch regionale und nationale Aufsichtsbehörden für Finanzkriminalität können zu Konflikten zwischen unterschiedlichen Vorschriften und einem Zusammenbruch der Zusammenarbeit führen, was zu Ineffizienz und negativen Ergebnissen beisteuert. So hat beispielsweise die Europäische Kommission kürzlich festgestellt, dass eine nur minimale Harmonisierung der Vorschriften auf Ebene der Europäischen Union (EU), gekoppelt mit mangelnder Integration von AML/CFT Interessen in aufsichtsrechtlicher Hinsicht, insbesondere in grenzüberschreitenden Situationen, zu Lücken im Aufsichts- und Durchsetzungsregime geführt hat.¹⁶

Es existiert auch ein bedenklicher globaler Mangel hinsichtlich der Wirksamkeit der Finanzkriminalitäts-Bekämpfungssysteme. Die FATF bewertet den Umfang, in dem ein Land in ein definiertes Bündel von Ergebnissen erzielt, die für ein robustes AML/CFT-System von zentraler Bedeutung sind, und analysiert, ob der rechtliche und institutionelle Rahmen dieses Landes die erwarteten Resultate erzielt.¹⁷ Nach der im September 2019 veröffentlichten FATF-Bewertung¹⁸ zeigte sich bei 75% der 76 untersuchten Länder, dass hier grundsätzliche Verbesserungen nötig sind, gemessen an den Hauptzielen, die ein effektives AML/CFT-System erreichen sollte.¹⁹ Obwohl das Niveau der technischen Konformität mit den FATF-Anforderungen insgesamt bessere Ergebnisse zeigte,²⁰ unterstreicht die Abkehr von einer technischen Konformitätsbewertung zu einer Bewertung der Wirksamkeit, sowie die sich daran anschließenden Feststellungen der mangelnden Wirksamkeit bei der Umsetzung der grundlegenden Bausteine eines Finanzkriminalitäts-Risikomanagementsystems, die allgemeine Dringlichkeit für Reformen.

Empfehlungen

Der Aufbau eines besseren globalen Rahmens zur Bekämpfung der Finanzkriminalität ist eine geschäftliche und gesellschaftliche Notwendigkeit. Daher ist eine Neugewichtung nötig, die den Fokus von der Erfüllung regulatorischer Anforderungen als Ziel wegbewegt. Stattdessen sollte sie diese als primäres Mittel zum Schutz des Finanzsystems behandeln, mit dem Kriminelle und der Profit von Verbrechen ausgebremst werden können. Das Geld, das illegal durch die regulierte Finanzdienstleistungsbranche fließt, führt jeden Tag zu Aktivitäten, die Bürger weltweit gefährden. Wie bereits erwähnt, gibt es gravierende Lücken im System, deren Lösung sowohl den öffentlichen als auch den privaten Sektor erfordern. Dies könnte durch bessere Maßnahmen zum Risikomanagement für Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und anderen Aspekten der Finanzkriminalität erreicht werden, als auch durch die Überprüfung der systemischen Wirksamkeit.

Überprüfung der Effektivität der Umsetzung von Standards und Leitlinien für das Risikomanagement von Finanzkriminalität

Länder und relevante regionale/nationale Gremien weltweit sollten die Wirksamkeit der Umsetzung der Standards und Richtlinien der FATF in ihren Jurisdiktionen prüfen und sicherstellen, dass die relevanten Behörden zeitgemäße Mechanismen etablieren, um die höchstmöglichen Standards zu erreichen und diese international konsistent umzusetzen.²¹ Bestandteile des erweiterten Finanzkriminalitätsrisikos sollten Teil der laufenden Analyse der Marktfragmentierung durch den Financial Stability Board (FSB) sein, um Lücken in der internationalen Einheitlichkeit der Maßnahmen zu überprüfen, die für die Minderung von Stabilitätsgefahren durch unkontrollierte grenzüberschreitende Finanzkriminalität geschaffen wurden – z.B. Probleme, die sich aus der Datenlokalisierung ergeben.²²

Die durch den FATF Mutual Evaluation-Prozess festgestellte Unzulänglichkeiten müssen dringend behoben werden. Des Weiteren sollten risikobasierte globale Aspekte in bestimmten Bereichen in Betracht gezogen werden, wie eine Prüfung aller Länder

gleichzeitig durch die FATF zu Themen wie den Informationsaustausch und -zugang über wirtschaftliche Berechtigte. Gleichzeitig sollte die FATF ihre Methodik zur Beurteilung der Wirksamkeit überprüfen und weiterentwickeln und sich eng mit dem privaten Sektor darüber abstimmen, wie die FATF-Bewertungen wirksame Maßnahmen von Aufsichtsbehörden, Banken und anderen Stakeholdern besser fördern können.

Weitere Arbeit sollte sich auch auf den Bedarf an (Weiter-)Bildung und technische Unterstützung konzentrieren, um damit die Wirksamkeit in allen messbaren Bereichen zu verbessern, sowohl bei den Stakeholdern in den öffentlichen als auch den privaten Sektoren. Die aktuelle Herausforderung ist nicht unbedingt das Fehlen von Standards, sondern Verbesserungen an den Standards, wo erforderlich, und die effektivere Umsetzung dieser Standards. Dies kann erreicht werden durch (Weiter-)Bildung, durch Unterstützung der FATF und auch indem Länder in die Pflicht genommen werden.

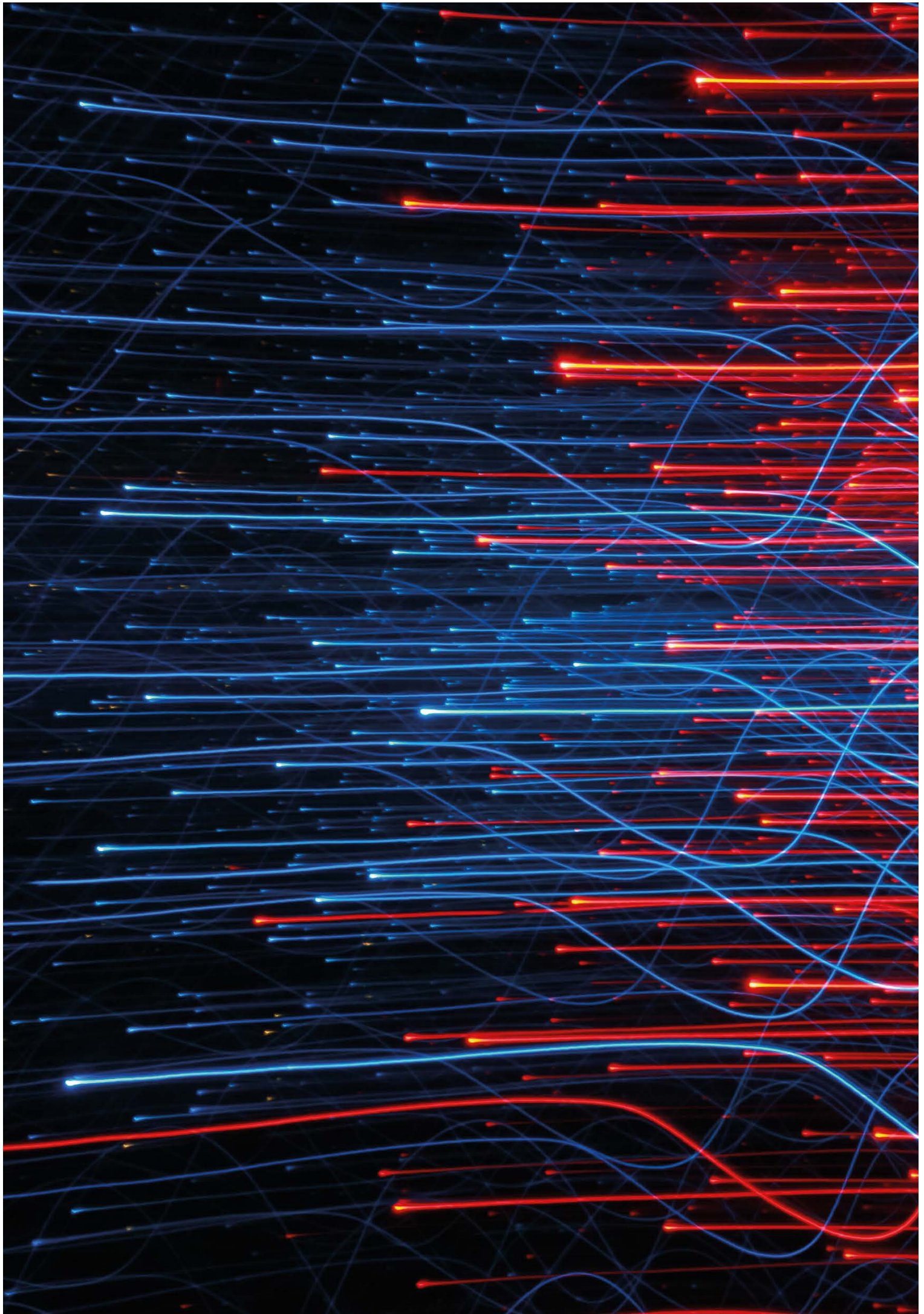
Erhöhte finanzielle, logistische und strukturelle Unterstützung für inländische und multilaterale Anti-Finanzkriminalität-Organisationen des öffentlichen Sektors

Die G20 hat bessere strukturelle Unterstützung für die FATF gefordert. Angesichts der zentralen Rolle, die die FATF bei der Bekämpfung der Finanzkriminalität spielt, und der wichtigen Koordinierung mit ihren Mitgliedern und Beobachterorganisationen, sollten die Finanzierung, der Personalbestand und die Verfügbarkeit von Gutachtern des öffentlichen Sektors für die Organisation regelmäßig überprüft werden, um angemessene zusätzliche Unterstützung für ihre wichtige Arbeit bereitzustellen. Das sollte flankiert werden von Bemühungen, ein angemessenes internationales Niveau der Zusammenarbeit zwischen der FATF, regionalen und inländischen AML/CFT-Gremien und dem Privatsektor zu erreichen.²³

Darüber hinaus sollten nationale Regierungen und regionale Aufsichtsbehörden regelmäßig die Höhe der Finanzmittel und

die strukturellen, personellen und technologischen Kompetenzen von relevanten Finanzkriminalitätsbehörden, nationalen Financial Intelligence Units (FIUs) und grenzüberschreitenden Organisationen wie Europol und Interpol bewerten, falls erforderlich Mittel und Ressourcen hinzufügen und die Effektivität der nationalen und internationalen Zusammenarbeit sicherstellen.²⁴

„Der Aufbau eines besseren globalen Rahmens zur Bekämpfung der Finanzkriminalität ist eine geschäftliche und gesellschaftliche Notwendigkeit.“





Förderung von öffentlich-privaten Partnerschaften

Hintergrund

Im Zentrum eines informationsbasierten Modells der Finanzkriminalität, welches Entitäten, Netzwerke und Verhaltensweisen hervorhebt, stehen öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP). Unter einer ÖPP versteht man eine Zusammenarbeit zwischen Finanzinstituten, Strafverfolgungsbehörden, politischen Entscheidungsträgern und der Regulierungsgemeinschaft. ÖPPs sind nicht nur ein wichtiger erster Schritt zur Erzielung von operativen Vorteilen und Effizienzgewinnen, sie können auch einen Rahmen für den Aufbau von Beziehungen und Dialog zwischen Stakeholdern bieten, um die kohärente Reform des umfassenderen Risikomanagementsystems für Finanzkriminalität zu koordinieren und zu katalysieren.

Die FATF hat die Entwicklung von ÖPPs²⁵ weitgehend unterstützt, und eine Reihe von Jurisdiktionen haben bereits eigene Versionen des Modells entwickelt,²⁶ weil sich die Interessen aller Stakeholder bei der Entwicklung solcher Kooperationsübungen deutlich überschneiden. Diese können eine vielfältigere und fruchtbarere Grundlage für die Bündelung von Informationen und Erkenntnissen schaffen und böswillige Akteure, die versuchen, über das Finanzsystem zu operieren, wirksamer stören.

Auf konzeptioneller Ebene ist das „Opfer einer Straftat“ für Regierungen normalerweise der „Kunde“ einer Bank. Die Person ist dieselbe, wenn auch sie aus verschiedenen Perspektiven betrachtet wird, und daher haben öffentliche und private Parteien ein Interesse und eine Verpflichtung, sich gegenseitig zu unterstützen, um diese Person und die Öffentlichkeit weiter zu schützen.

Auf gesellschaftlicher Ebene versuchen sowohl Finanzinstitute als auch Strafverfolgungsbehörden, die Öffentlichkeit vor den durch Kriminalität verursachten Schäden zu schützen. Geld ist die treibende Kraft hinter einem Großteil der begangenen Verbrechen. Durch die Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden bei der Ermittlung und Unterbindung illegaler Finanzen können Banken und andere

Finanzinstitute einen erkennbaren Beitrag zur Bekämpfung der oben erwähnten Probleme leisten, einschließlich Terrorismus, sexuelle Ausbeutung, moderne Sklaverei, Wilderei und Drogenschmuggel. Dies schützt die Gesellschaften und Volkswirtschaften, in denen sie tätig sind und in denen ihre Mitarbeiter und Aktionäre leben.

Auf praktischer Ebene benötigen die Strafverfolgungsbehörden schnellen und effizienten Zugang zu relevanten Informationen und Erkenntnissen, während die Finanzinstitute ihre spezifischen und typologischen Risiken verstehen müssen, damit der risikobasierte Ansatz informationsgestützt angewendet werden kann. Durch angemessene Steuerung und unterstützende Gesetzgebung können ÖPPs dazu beitragen, die Anforderungen beider Stakeholdergruppen zu erfüllen, indem sie einen sicheren Raum bieten, wo detaillierte kontextbezogene Informationen gegeben und diskutiert werden können. In solchen Foren ausgetauschte Informationen können das kollektive Verständnis des Umfangs und der Art komplexer krimineller Netzwerke, ihrer Funktionsweise, der beteiligten Personen, der von ihnen missbrauchten Produkte und der Gerichtsbarkeiten, mit denen sie verbunden sind, verbessern.

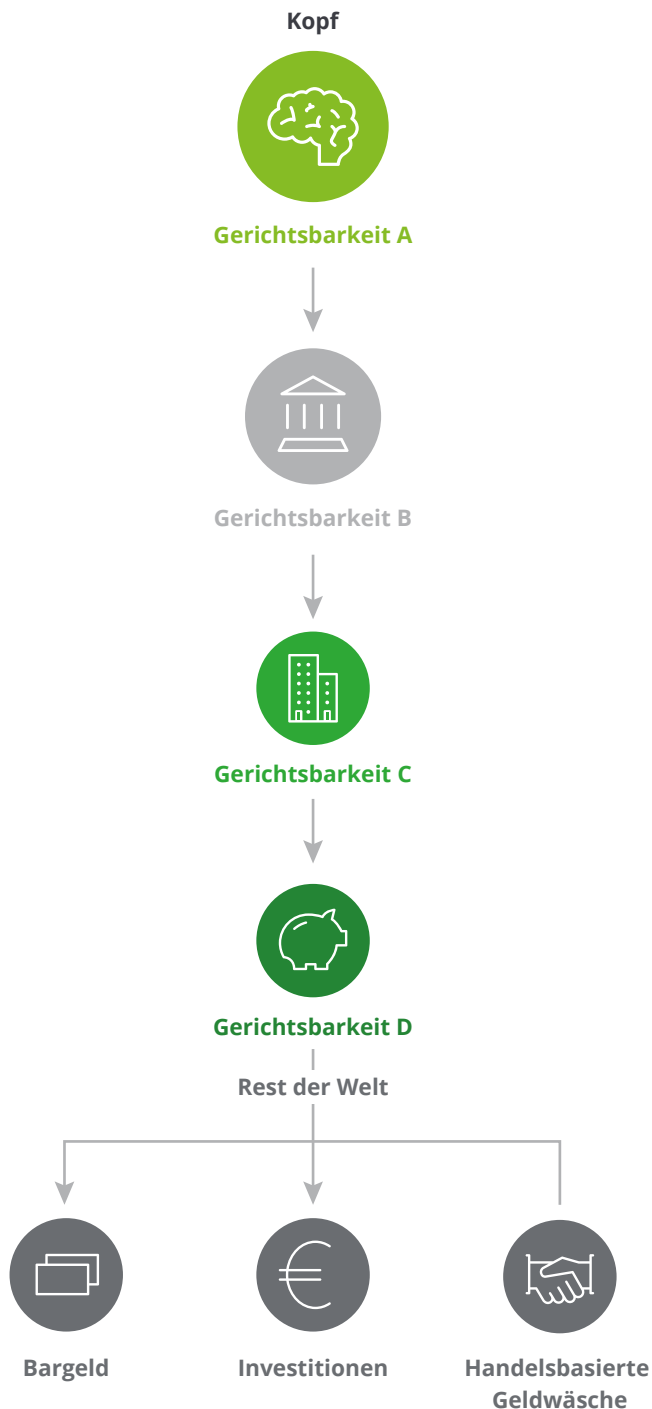
Die FATF hat die Entwicklung von ÖPPs weitgehend unterstützt, und eine Reihe von Jurisdiktionen haben bereits eigene Versionen des Modells entwickelt

Dieser Informationsaustausch kann operative Ergebnisse vorantreiben und den Stakeholdern die Möglichkeit zur Zusammenarbeit bieten, um das kollektive Wissen in eng fokussierte Typologien herunterzubrechen, die auf den neuesten Erkenntnissen basieren. Diese können dann zur Stärkung aller Teile des Risikomanagementrahmens für Finanzkriminalität verwendet werden, einschließlich Schulungen, KYC/Customer Due Diligence (CDD), Transaktionsüberwachung und die daraus resultierende Qualität der SARs, wodurch die allgemeine

Wirksamkeit der Bemühungen zur Erkennung und Verhinderung weiterer finanzieller Kriminalität verbessert wird, während gleichzeitig Ressourcen eingesetzt und Technologien effizienter darauf ausgerichtet werden können, wo das Risiko am höchsten ist und die größten Auswirkungen wahrscheinlich sind.

Der potenzielle Wert von ÖPPs wird durch die frühen Erfahrungen der „Joint Money Laundering Intelligence Taskforce“ (JMLIT) des Vereinigten Königreichs (UK) verdeutlicht, die seit ihrer Gründung über 600 Strafverfolgungsuntersuchungen unterstützt hat, und damit zu mehr als 150 Festnahmen und der Beschlagnahmung oder Zurückhaltung von über 34 Mio. GBP²⁷ beigetragen hat. Durch diese Zusammenarbeit haben JMLIT-Mitglieder aus dem Privatsektor auch Tausende von verdächtigen Konten identifiziert, die im Zusammenhang mit Geldwäscheaktivitäten stehen, sodass sie Tausende weitere Ermittlungen einleiten konnten. Diese haben wiederum zu weiteren gezielten Informationsweiterleitungen an Strafverfolgungsbehörden, zu einer fundierten Bewertung des Kundenrisikos, zu internen Schulungsmaterialien und zur Identifikation und Verhinderung weiterer Finanzkriminalität geführt, indem Verbesserungen in ihren jeweiligen internen Kontrollrahmen umgesetzt wurden. Darüber hinaus wurden zahlreiche neue Typologien identifiziert, dokumentiert und im gesamten regulierten Sektor geteilt, und es konnten signifikante Verbesserungen der Umwandlungsrate von SAR-Fällen beobachtet werden. Diese Ergebnisse sind ermutigend, insbesondere da Einschränkungen bei der Erfassung von Leistungsdaten, vor allem wo sie auf arbeitsintensiven manuellen Prozessen basieren, zu einer wahrscheinlich erheblichen Unterschätzung der Ergebnisse führen. Zusätzliche bemerkenswerte Ergebnisse können aus Sicherheitsgründen nicht öffentlich gemacht werden.

Abb. 03 – Beispiel eines komplexen Geldwäschesystems. ÖPP hilft!



1 Dieses Beispiel basiert auf einem echten Fall, in dem ein Krimineller in Gerichtsbarkeit A einen Bankbetrug in Gerichtsbarkeit B koordiniert.

2 Der Erlös des Betrugs wird zunächst durch eine Reihe von Scheinfirmen gewaschen, die von einem mitschuldigen Treuhand- und Dienstleisterunternehmen in Gerichtsbarkeit C gegründet wurden.

3 Die Scheinfirmen sind in Gerichtsbarkeit C eingetragen und haben Bankkonten in Gerichtsbarkeit D.

4 Von den Scheinfirmen ausgehend werden die Gelder weiter durch eine Reihe von internationalen Transaktionen mit verschiedenen Produkten und Diensten gewaschen, einschließlich Bargeldzahlungen, Handelsgeschäfte und Investitionen.

Die Herausforderung

Komplexe Finanzkriminalität wird in mehreren Gerichtsbarkeiten, Institutionen und Produkttypen durchgeführt. Eine Bank, die isoliert arbeitet, wird wahrscheinlich nur einen kleinen Teil des Geldwäschesystems sehen, was ihre Fähigkeiten untergräbt, ihr Engagement im breiteren Netzwerk zu verstehen und zu mindern. Strafverfolgungsbehörden, die bilaterale Beziehungen pflegen, können nicht wissen, welche Bank einen Fußabdruck hat, und suchen daher blind nach Informationen, die den Fall voranbringen werden. Mithilfe von ÖPP können Stakeholder schnell ein umfassenderes Verständnis des Netzwerks entwickeln, sodass Durchsetzungs- und Präventionsmaßnahmen effektiv und effizient ausgerichtet werden können. Das Modell würde durch Entwicklungen bei nationalen und internationalen Gateways für den Informationsaustausch weiter verbessert.

Einer der größten Vorteile von ÖPPs ist gleichzeitig am wenigsten messbar, nämlich die Schaffung von vertrauensvollen Beziehungen auf allen Hierarchieebenen durch eine gemeinsame Mission. Diese Beziehungen schaffen die Voraussetzungen, um wichtige politische Debatten voranzutreiben, die Qualität und Quantität des Feedbacks zwischen den Stakeholdern zu verbessern, und gemeinsame Prioritäten und Bedrohungen zu vereinbaren, die den Schwerpunkt der regulatorischen Erwartungen und den Einsatz von Ressourcen für das Risikomanagement bei Finanzkriminalität bestimmen könnten.²⁸ Sie helfen auch jeder Seite, die andere über ihre jeweiligen Fähigkeiten aufzuklären, damit nachfolgende Anfragen entsprechend angepasst werden können und operative Ergebnisse erzielt werden können, die sonst übersehen würden.

Wenn ÖPPs gut funktionieren, können sie die notwendigen Voraussetzungen für eine Vertrauensbasis schaffen, die die Beziehung zwischen Regierung und Finanzsektor von einer bilateralen und transaktionalen zu einer auf Zusammenarbeit und der effektiven Umsetzung des gesamten Systems verändert.²⁹

Empfehlungen

Trotz guter Fortschritte bleiben Faktoren bestehen, die die weitere Entwicklung von ÖPP behindern und deren Fähigkeit untergraben, einen informationsbasierten Ansatz zur Bekämpfung der Finanzkriminalität zu unterstützen. Die Herausforderungen sind beträchtlich, aber das ist auch der Gewinn. Daher ist die Weiterentwicklung und Integration von ÖPP in den Rahmen des Risikomanagements für Finanzkriminalität als ein Strang eines zunehmend informationsbasierten Ansatzes eine wichtige Priorität.

Die folgenden Themen sollten im In- und Ausland angegangen werden, um sicherzustellen, dass ÖPPs ihr volles Potenzial als Ermöglicher der Wirksamkeit des globalen Regimes zur Bekämpfung der Finanzkriminalität entfalten können:

Hindernisse für den Informationsaustausch

Um voll wirksam zu sein, müssen ÖPPs durch einen Informationsaustauschrahmen unterstützt werden, der die Realität widerspiegelt, dass Schwerekriminelle und organisierte Kriminelle nicht nur in einer Bank oder einer Gerichtsbarkeit aktiv sind. In Abschnitt 3 dieses Dokuments sind Empfehlungen zur Bekämpfung des internationalen Charakters der Finanzkriminalität und zur Verringerung der Fragmentierung der weltweiten Nutzung von Bankprodukten und -dienstleistungen enthalten. Stakeholder der öffentlichen und privaten Sektoren sollten jedoch weiterhin die Bemühungen unterstützen, eine Reform des Informationsaustauschs im In- und Ausland durch einen Steuerungs- und Rechtsrahmen voranzutreiben und zu koordinieren, der die Rechte des Einzelnen mit den Rechten der Öffentlichkeit zum Schutz vor Terrorismus und den Auswirkungen schwerwiegender Kriminalität in Einklang bringt.

Klare Vorschriften

Die Aufsichtsbehörden spielen eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung von ÖPPs, die in der Regel auf Freiwilligkeit basieren und daher die Unterstützung der Regulierungsbehörde benötigen, um Engagement zu gewährleisten. Obwohl die Teilnahme an einer ÖPP nicht als eine „goldene Eintrittskarte“ fungieren sollte, das Unternehmen von ihren regulatorischen Verpflichtungen zu befreien oder die Handlungsbefugnisse einer Regulierungsbehörde einzuschränken, sind die Ziele einer ÖPP und die Ziele einer Regulierungsbehörde im Großen und Ganzen auf der strategischen Ebene konsistent. Eine ordnungsgemäß funktionierende ÖPP sollte das vollständige Risikoverständnis im Finanzinstitut und die wirksame Anwendung des risikobasierten Ansatzes verbessern, während sie den Zugang von Kriminellen zum Finanzsystem insgesamt verringert. Beides sind Hauptziele in jedem Rechtsrahmen für Finanzkriminalität. Es liegt im Interesse aller Stakeholder, die Kriminalität zu verringern, und das ÖPP-Modell bietet eine wichtige Gelegenheit, dies als Teil eines Gesamtsystemansatzes zu erreichen. Daher sollten Regulierungsbehörden und politische Ent-

scheidungsträger überlegen, wie die notwendigen Bedingungen geschaffen werden können, damit die ÖPP gedeihen und ihre Entwicklung fördern können.

Zumindest sollten die Aufsichtsbehörden artikulieren, dass die Teilnahme an einem ÖPP als Zeichen einer guten Kultur der Finanzkriminalität-Compliance bei den Finanzinstituten angesehen wird. Diese Unterstützung sollte mit dem verstärkten Einsatz von „regulatorischen Sandkasten“ erweitert werden, in denen die Erprobung und Bewertung innovativer informationsbasierter Modelle zur Identifizierung und Unterbrechung von Finanzkriminalität in einem sicheren Ort erprobt werden können. Aufgrund dieser und anderer Erfahrungen könnten die Regulierungsbehörden eine Reihe von „goldenen Grundsätzen“ entwickeln, wie ÖPPs funktionieren könnten, sowie Metriken und/oder qualitative Bewertungskriterien für den Regulierungsrahmen einbauen, um die aktive Teilnahme an ÖPPs zu fördern und zu überwachen, damit operative Ergebnisse bei der Bekämpfung der Finanzkriminalität und Effizienzsteigerungen bei Betriebsmodellen optimiert werden.

Im Laufe der Zeit und mit soliden Beweisen für verbesserte Ergebnisse durch den informationsbasierten Ansatz könnten die Entscheidungsträger den rechtlichen Rahmen für ÖPPs überprüfen und die Teilnahme an einer ÖPP im Kontext der umfassenderen regulatorischen Anforderungen für Finanzinstitute erwägen. Anreize für eine solche Beteiligung könnten die Reduzierung oder Automatisierung der technischen Konformität sein und könnten darüber hinaus Ausnahmeregelungen für kleinere Institutionen einschließen, die nicht direkt an ÖPPs teilnehmen würden oder dazu Ressourcen haben, aber dennoch aktiv an der Öffentlichkeitsarbeit für Strafverfolgungsbehörden, Schulungen, Symposien usw. teilnehmen, welche die Wirksamkeit ihrer Berichterstattung erhöhen. Die Zusammenlegung von Regelverpflichtungen und Teilnahme wäre ein radikaler Schritt, der jedoch erhebliche Anreize bietet, die Mitwirkung an einem effektiven und ergebnisorientierten Ansatz zu fördern.

Ressourcen

ÖPPs können das proaktive Teilen von offenen Fällen mit Finanzinstituten ermöglichen. Dadurch hat jede Rückmeldung per Definition Wert für die Strafverfolgung und kann direkt umgesetzt werden, was für das SAR-Regime nicht gilt. Gegenwärtig operieren ÖPPs in der Regel auf freiwilliger Basis, sodass das verantwortliche Personal für das ÖPP-Engagement häufig zusätzlich zu Mitarbeitern mit regulatorischen Pflichten eingesetzt werden muss. Dies erhöht die Kosten und hemmt die Mitwirkung in einem Modell mit dem Potenzial, die Effektivität und Effizienz sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor zu steigern. Daher würde die Integration von ÖPPs im weiteren Rahmen der Finanzkriminalität es Finanzinstituten ermöglichen, einen größeren Teil der vorhandenen Mitarbeiter in dem Bereich ihrer Verantwortlichkeit einzusetzen, welcher Finanzkriminalität effizienter und effektiver identifiziert und gleichzeitig die regulatorischen Verpflichtungen einzuhalten.

ÖPPs in der Beweisführung

Gegenwärtig erlauben manche ÖPPs nur das Teilen von Informationen, da sie nicht vollständig in den weiteren Compliance-Rahmen für Finanzkriminalität integriert sind. Daher müssen die von ÖPPs gesammelten Informationen von den Gerichten separat bestätigt werden, wenn sie als Beweismittel verwendet werden sollen. Dieser Prozess ist ineffizient und erfordert, dass verschiedene Teams in den Banken und Strafverfolgungsbehörden dieselben Informationen doppelt verarbeiten. Entscheidungsträger und Regulierungsbehörden sollten deshalb Leitlinien in Betracht ziehen, die die Verwendung von ÖPPs in der Beweisführung ermutigen, wo es gerichtlich nötig ist, da dies für alle Beteiligten Effizienz liefert und ihre Teilnahme erleichtert. Die Einführung einer klaren gesetzlichen Verpflichtung zur Weitergabe der von ÖPPs angefragten Informationen wäre hier hilfreich.

Technologie

Das Datenvolumen im Finanzsektor wächst exponentiell, da immer mehr Dienste online gehen und die Welt zunehmend digi-

tal vernetzt ist. Es ist daher entscheidend, dass die Stakeholder der öffentlichen und privaten Sektoren weiterhin in Technologien investieren, mit denen die vom modernen Bankwesen generierten Datenmengen analysiert und interpretiert werden können, sodass „Big Data“ zur Waffe gegen Kriminalität und nicht zu deren Instrument wird. Fortgeschrittene Analyse- und Visualisierungssoftware kann bisher unbekannte Entitäten und Netzwerke identifizieren, um die effektivere Erkennung und Übermittlung von Verdachtsmeldungen zu ermöglichen, während KI und maschinelles Lernen dazu beitragen, dass Lerneffekte aus der Fallarbeit, zum Beispiel neu identifizierte Warnsignale und ungewöhnliche Muster, automatisch erfasst, zur Risikoidentifikation verwendet und für die Entwicklung wirksamerer Systeme und Kontrollen des öffentlichen und privaten Sektors eingesetzt werden.

Sektorübergreifende Zusammenarbeit

Kriminelle nutzen die Dienste von verschiedenen Wirtschaftssektoren und hinterlassen in jedem auch Spuren. Wenn bisher ÖPPs etabliert wurden, haben sie sich im Allgemeinen darauf konzentriert, Beziehungen zwischen Strafverfolgungsbehörden und dem Bankensektor oder mit anderen vom Bankensektor isolierten Sektoren zu entwickeln.

Während die Entwicklung eines sicheren Hafens für den effektiven Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden und dem Finanzsektor Priorität hat, gibt es doch klare Vorteile in der Entwicklung des ÖPP-Modells zu einem sektorübergreifenden Modell, sodass beispielsweise die von Banken gewonnenen Erkenntnisse über den kriminellen Missbrauch komplexer Finanzprodukte mit dem Versicherungen geteilt werden können, um deren Verständnis von potenziellen Risiken im Zusammenhang mit verwalteten Vermögenswerten zu verbessern - und auch umgekehrt. Darüber hinaus kann ein sektorübergreifender Ansatz auch Informationen anreichern und ein vollständigeres Bild der finanziellen Risiken vermitteln. Zum Beispiel mag eine Bank mit dem Wert einer Transaktion vertraut sein, aber handelt es sich

um einen Versicherungsvertrag, verfügt die Versicherung wahrscheinlich über viele weitere nützliche Details. Diese sektorübergreifende Zusammenarbeit sollte Priorität haben, wobei auch bedacht werden kann, wie sie auf nicht-regulierte Sektoren ausgedehnt werden kann, die im Laufe der Zeit der Geldwäsche ausgesetzt sein können.

Funktionsübergreifende Zusammenarbeit

In der heutigen Cyber-, Betrugs- und Finanzkriminalitätslandschaft konvergieren kriminelle Aktivitäten über alle Bedrohungsbereiche, wobei Kriminelle ihre Ressourcen, Taktiken und Techniken kombinieren, um Verbrechen in größerem Ausmaß und effektiver zu begehen. Beispielsweise verwenden sie Cyberangriffe, um eine Organisation zu infiltrieren und unberechtigten Zugriff zu erlangen, mit dem sie Betrügereien ausführen können, gefolgt von der Geldwäsche des Erlöses.

ÖPPs sollten ein Betriebsmodell entwickeln, mit dem sie die Cyber-, Betrugs- und Geldwäschefähigkeiten ihrer Mitglieder bündeln und illegale Aktivitäten umfassender bekämpfen. Durch die Vermeidung theoretischer Silos zwischen kriminellen Aktivitäten und die Einbeziehung aller funktionsübergreifender Bankdaten und -fähigkeiten in ihre Aktivitäten können ÖPPs die Möglichkeiten der Datenaggregation besser nutzen, um Erkenntnisse zu generieren und Ergebnisse und Möglichkeiten zur effektiven Verhinderung, Aufdeckung und Reaktion auf die Folgen von konvergierenden kriminellen Aktivitäten voranzutreiben.

Internationale Zusammenarbeit

Wie in diesem Bericht erwähnt, agieren Kriminelle nicht nur ohne Rücksicht auf geographische Grenzen, sondern nutzen diese und die dadurch geschaffenen Hindernisse aktiv aus. ÖPPs sollten weiterhin Möglichkeiten schaffen, ihre Aktivitäten auf internationaler Basis anhand gemeinsamer Prioritäten und Fälle komplexer internationaler Kriminalität zu koordinieren.³⁰





Verbesserung des grenzüberschreitenden und inländischen Informationsaustauschs

Hintergrund

Das Management des Finanzkriminalitätsrisikos kann durch besseren Austausch von Informationen über Finanzkriminalität im In- und Ausland verbessert werden. Ein solcher Austausch ist wichtig für das reibungslose Funktionieren von AML/CFT und anderen Maßnahmen zur Vorbeugung gegen Finanzkriminalität, die das Ziel des Schutzes der globalen Finanzen vor kriminellen Übergriffen erfüllt. Der Informationsaustausch ist auch für die Bewältigung spezifischer Bedrohungen durch den Terrorismus und die Proliferationsfinanzierung von entscheidender Bedeutung. Ohne angemessene Einblicke von Finanzinstituten, Strafverfolgungsbehörden und Geheimdiensten in die Finanzierung dieser Aktivitäten werden die Bemühungen, Terroristen und Schurkenstaaten davon abzuhalten, weltweit weiteren Schaden zuzufügen, verhindert.

Im Rahmen des laufenden globalen Dialogs zum Thema Risikoreduzierung,³¹ wo Banken in Korrespondenzbankbeziehungen aufgrund gesetzlicher und behördlicher Beschränkungen des Informationsaustauschs keine zusätzlichen Informationen zu ihren Kunden oder zu bestimmten Transaktionen bereitstellen können, haben Korrespondenzbanken möglicherweise keine andere Wahl, als die Korrespondenzbeziehung zu beschränken, zu limitieren oder sie sogar zu beenden. Für die bedürftigsten Menschen in Schwellenländern kann dies die finanzielle Ausgrenzung weiter verschärfen, während es auch die Fähigkeit der Strafverfolgungsbehörden zur Verfolgung illegaler Geldflüsse einschränkt.

Die Bewältigung dieser Herausforderungen erfordert weitere Anstrengungen beim operativen Austausch von Informationen zur Finanzkriminalität, einschließlich der Minderung von Problemen mit inkonsistenten Datenschutzrichtlinien, Verwaltung von SAR-Informationen, Vertraulichkeit und Bankgeheimnis in verschiedenen Gerichtsbarkeiten.³²

Wie bereits erwähnt, ist ein verbesserter Informationsaustausch auch für ÖPPs von entscheidender Bedeutung. Während ÖPPs klare Möglichkeiten zur Verbesserung der kollektiven Reaktion auf Finanzkriminalität

bieten, ist ein bemerkenswertes Merkmal (mit Ausnahme der multilateralen Europol Financial Intelligence Public Private Partnership),³³ dass alle nur im Inland aktiv sind. Selbst wenn internationale Banken Mitglieder sind, sind sie dennoch an lokale Gesetze und Vorschriften gebunden, die den Fluss an Informationen die sie außerhalb ihrer Institution und über Grenzen hinweg teilen können stark eingeschränkt.

Die durch die bestehenden Regeln für den Informationsaustausch auferlegten Hürden stehen im Widerspruch zu den Realitäten krimineller Operationen, die nicht an internationale Grenzen gebunden sind, sondern diese aktiv ausnutzen, um zivil- und strafrechtlichen Sanktionen zu entgehen. Dies untergräbt die Fähigkeit der Strafverfolgungsbehörden, sich schnell und umfassend ein Bild zu machen, auch wenn etablierte Kanäle wie die Egmont Group³⁴ oder gegenseitige Rechtshilfe existieren, und untergräbt die Fähigkeit der Finanzinstitute, ihre Gefährdung durch Finanzkriminalität auf globaler Ebene vollständig zu verstehen. Im Kontext von illegalen Finanzierungen sind diese Probleme doppelt frustrierend, da im Gegensatz zu anderen Arten von Straftaten häufig alle Teile des Puzzles existieren und in Finanzinstituten verfügbar sind (zum Beispiel Transaktionen und Gegenparteien), aber nicht miteinander verknüpft werden können.

Diese nationale Herangehensweise an ein globales Problem tritt nicht nur dort auf, wo Finanzinstitute Informationen mit ausländischen Strafverfolgungsbehörden austauschen möchten, sondern kann sich sogar innerhalb einer Bankengruppe manifestieren, in der unter bestimmten rechtlichen Umständen lokal auferlegte Beschränkungen des Informationsaustauschs die Weitergabe von Informationen auf gruppenweiter Basis gemäß der FATF Empfehlung 18³⁵ verhindern.

Die FATF ist sich der Probleme durch Einschränkungen beim Informationsaustausch sehr wohl bewusst und berücksichtigt die Bestimmungen zum Informationsaustausch in einer Reihe ihrer Empfehlungen, wie nachstehend erörtert.³⁶ Sie hat dieses Thema in den letzten Jahren zur Priorität

gemacht und wichtige Fortschritte bei der Weiterentwicklung von Lösungen und dem Auslösen eines globalen Dialogs über Verbesserungen erzielt. Es sind jedoch weitere Schritte erforderlich, um die Möglichkeiten des internationalen Informationsaustauschs zur Bekämpfung der Finanzkriminalität zu beschleunigen und zu verbessern. Eine Verbesserung der Prozesse zur Analyse und Austausch von Daten auf internationaler Basis würde die kombinierten Fähigkeiten der öffentlichen und privaten Sektoren bei der Identifizierung und Störung schwerer organisierter Kriminalität und Terrorismus erheblich stärken.

Empfehlungen

Eine international geführte Reform zur Erleichterung des Informationsaustauschs ist dringend erforderlich. Indessen würden taktische Maßnahmen in Verbindung mit regionalen/nationalen Initiativen auch das Umfeld verbessern und Hindernisse für den informationsbasierten Ansatz bei der Bekämpfung der Finanzkriminalität abbauen:

Global koordinierte Reform

Auf der höchsten internationalen Ebene wird die FATF aufgefordert, ihre wichtige Arbeit zur Verbesserung der Wirksamkeit von Informationsaustauschregelungen in ihren Mitgliedstaaten fortzusetzen. Während die FATF-Empfehlungen einen umfassenden und einheitlichen Maßnahmenrahmen bieten, den die Länder zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung umsetzen sollten, sind wir der Ansicht, dass den Empfehlungen spezifische Änderungen für einen effektiveren Informationsaustausch zugutekommen würden, wie schon in diesem Bericht erläutert wurde. Obwohl schon Fortschritte bei der Lösung dieses Problems erzielt wurden, hatte die IIF die FATF zuvor direkt angeregt, die Empfehlungen weiter anzupassen, um diese Vorschläge zu ermöglichen und internationale und nationale Gruppen in die Lage zu versetzen, Informationen von Finanzinstitut zu Finanzinstitut, von Finanzinstitut zu Regierung und von Regierung zu Regierung in alle Richtungen auszutauschen.³⁹

Umsetzung der aktuellen FATF-Standards für den Informationsaustausch

Während weitere Reformen auf breiter Basis erforderlich sind, bevor die FATF-Empfehlungen den grenzüberschreitenden Datenaustausch ermöglichen, sollte die Umsetzung der derzeit in den Standards enthaltenen Bestimmungen zum Informationsaustausch von den FATF-Mitgliedstaaten vorangetrieben werden.⁴⁰

Beispielsweise ist zu beachten, dass zwischen den Grundsätzen der Privatsphäre und der Vertraulichkeit häufig Spannungen bestehen. Der Schutz der Privatsphäre und die Bekämpfung der Finanzkriminalität schließen sich jedoch nicht gegenseitig aus. Daher sollten die Bestimmungen der FATF-Empfehlung 2, wonach die Koordination mit den zuständigen Behörden zur Gewährleistung der Kompatibilität der AML/CFT-Anforderungen mit den Regeln für Datenschutz und Privatsphäre (DPP) und anderen ähnlichen Bestimmungen (z. B. Datensicherheit/Lokalisierung) stattfinden sollte, in den FATF-Gerichtsbarkeiten umgesetzt werden.⁴¹

Förderung des strategischen Informationsaustauschs

Während Reformen in allen Bereichen des Informationsaustauschs priorisiert werden sollten, angesichts der Notwendigkeit spezifischer Maßnahmen durch die FATF und ihre Mitgliederstaaten, die einen solchen praktischen Austausch ermöglichen, sollten die G20-Staaten (und Länder außerhalb dieses Gremiums durch ihre nationalen Risikobewertungsprozesse) frühzeitig nach Möglichkeiten suchen, um den Informationsaustausch auf strategischer Ebene zu erleichtern. Dies würde eine Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden und dem Privatsektor beim Austausch spezifischer Typologien und geografischer Indikatoren für das Finanzkriminalitätsrisiko auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene durch etablierte ÖPPs und/oder eine inländische/multilaterale Zusammenarbeit zur Erleichterung des strategischen Austauschs beinhalten.

Gute Typologien können beispielsweise für alle Beteiligten von großem Nutzen sein,

sodass Finanzinstitute ihre Investitionen in die Ermittlung auf Bereiche mit hohem Risiko konzentrieren und die SAR-Qualität verbessern können. Nachdem Typologien erstellt worden sind, müssen sie jedoch auch effektiv verteilt werden. Derzeit gibt es keinen soliden Mechanismus, mit dem die in den erstellten Typologien erfassten kollektiven Erkenntnisse gesammelt und weltweit mit den Interessengruppen geteilt werden können, um das kollektive Verständnis des Finanzkriminalitätsrisikos zu informieren und den effektiven und effizienten Einsatz von Systemen und Kontrollen zur Identifizierung und Verhinderung von Finanzkriminalität zu verbessern. Bestehende internationale Organisationen wie Interpol, die Egmont Group und/oder die FATF sollten Schritte erwägen, um dieses Problem durch die Implementierung einer globalen Typologie-Koordinierungsfunktion anzugehen.

Regionale und nationale Reformen

Während eine weitere Reform der FATF-Empfehlungen die internationale Zusammenarbeit und Koordination beim Informationsaustausch erheblich unterstützt, sollten nationale Aufsichtsbehörden und regionale Gremien proaktiv prüfen, wo nationale Gesetze und Vorschriften den Datenaustausch zur Vorbeugung gegen Finanzkriminalität behindern oder wo die Klarstellung dieser Regeln durch effektive Anleitung einen größeren Datenfluss im Inland und über Grenzen hinweg ermöglichen könnte. Beispielsweise prüft der US-Kongress die Ausweitung des konzernweiten Informationsaustauschs durch die Reform des US-Bankgeheimnisgesetzes.⁴² Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde schlug kürzlich die Bildung von Aufsichtskollegien für den Austausch von AML/CFT-Daten⁴³ vor, und die Europäische Kommission hob im Juli 2019 hervor, dass Lücken in den EU-weiten Mechanismen für den Informationsaustausch überprüft werden müssen.⁴⁴ Die Europol Financial Intelligence Public Private Partnership führt derzeit eine Überprüfung der Regeln und Vorschriften für ihre Mitgliedsländer durch, um potenziell Zugang für den Informationsaustausch zu ermöglichen. Während ein breiter Ansatz auf internationaler Ebene

von entscheidender Bedeutung ist, sollten die G20 und andere auch unmittelbare Maßnahmen auf nationaler/regionaler Ebene fördern, um das rechtliche und regulatorische Umfeld in diesem Bereich zu verbessern.

Einsatz von Technologie

Während die Reform der Rechtsvorschriften ein wesentlicher Bestandteil bei der Erleichterung eines stärkeren Informationsaustauschs ist, sollten die G20 und andere Länder ihre nationalen Aufsichtsbehörden anweisen, den Einsatz neuer Technologien zur Erleichterung des Datenaustauschs zu prüfen und wo die Einführung dieser Technologien innerhalb der geltenden Datenschutzgesetze gefördert werden kann. Wenn zum Beispiel ein Finanzinstitut die verschlüsselten Daten eines anderen Finanzinstituts mithilfe homomorpher Verschlüsselung und/oder Zero-Knowledge-Proof-Technologien überprüft, entsteht eine Möglichkeit für Finanzinstitute, bestimmte Informationen gegenseitig zu verifizieren, ohne die Sicherheit oder Vertraulichkeit der zugrundeliegenden Daten zu beeinträchtigen. Entsprechende Pilotprojekte werden in mehreren europäischen Gerichtsbarkeiten erprobt. Die Zentralisierung von Daten mehrerer Institutionen zu einem gemeinsamen Dienstprogramm (wie in Abschnitt 4 dieses Dokuments weiter ausgeführt), bei dem die Daten dann zentral zu Zwecken der Überwachung von Betrug und Geldwäsche analysiert werden, könnte ebenfalls hilfreich sein.

Weitergabe nicht-personenbezogener Daten

Stakeholder sollten die Einführung eines zweigleisigen Ansatzes für den Informationsaustausch in Betracht ziehen, bei dem personenbezogene Daten von nicht-personenbezogenen Daten entkoppelt und Prozesse eingerichtet werden, die die Verabschiedung von Richtlinien und Vorschriften vorantreiben, die eine verbesserte Weitergabe nicht-personenbezogener Daten ermöglichen. Die fraglos komplexeren und differenzierteren Debatten über den Austausch von personenbezogenen Daten können dann langsamer geführt werden.

Dieser Ansatz stellt eine Erweiterung der Konzepte dar, die bereits durch die Erfassung und Veröffentlichung von Daten zu den wirtschaftlich Berechtigten untersucht werden.

Die Erfassung und Weitergabe nicht-personenbezogener Daten könnte durch die Schaffung einer „Koalition der Willigen“ weiter vorangetrieben werden. Diese Koalition könnte eine kleine Anzahl von Nationen umfassen, die sich gleichermaßen dafür einsetzen, das Risikomanagement für Finanzkriminalität effektiver anzugehen, zusammenzuarbeiten und als Vorreiter zu agieren, mit dem Ziel, einen Konsens zu entwickeln und Richtlinien und Verfahren schneller umzusetzen, als dies auf globaler Ebene möglich wäre. Dieses Pilotprojekt könnte den Wert des Ansatzes demonstrieren und die Evidenzbasis schaffen, um die Schaffung und Annahme umfassenderer globaler Standards voranzutreiben.

Weitergabe von Korrespondenzdaten

Wie bereits erwähnt, sind die meisten schweren Straftaten internationaler Natur, und das Geld bewegt sich schnell über Grenzen hinweg. Die Nachverfolgung dieser Geldflüsse stellt die Strafverfolgungsbehörden vor mehrere Herausforderungen, und wenn eine Verdachtsmeldung eingereicht wurde, sind sie gezwungen, sich auf Instrumente wie internationale Aufforderungsschreiben oder das Netzwerk der Egmont Group zu verlassen, um jede Stufe des Geldwäscheprozesses zu verstehen. In der heutigen Welt kann sich das Geld innerhalb weniger Stunden oder sogar Minuten von Land zu Land bewegen, während der Strafverfolgungsprozess über Jahre hinweg läuft, wobei erfolgreiche Ergebnisse im Laufe der Zeit immer weniger wahrscheinlich werden.

Ein alternativer Ansatz wäre, den globalen Korrespondenzbanken einen größeren Spielraum für den Austausch von Korrespondenzdaten mit Strafverfolgungsbehörden zu geben, wenn beispielsweise bestimmte Kriterien erfüllt sind; wenn sich Anfragen auf gemeinsam vereinbarte Prioritäten wie Anti-Proliferation, CFT und High-End-Geldwäsche beziehen und wenn vorherige Vereinbarungen über die Verwendung von Daten getroffen wurden. Korrespondenzban-

ken könnten ihre Erkenntnisse über globale Geldbewegungen nutzen, um die Strafverfolgungsbehörden schnell durch das Netzwerk internationaler Zahlungen zu führen und somit die Ermittlung der endgültigen Bestimmungsorte krimineller Geldflüsse ermöglichen. Dies würde die Wahrscheinlichkeit erheblich erhöhen, dass diese Mittel dann von den Strafverfolgungsbehörden durch eine informationsbasierte und gezielte gerichtliche Anordnung zurückgehalten oder beschlagnahmt werden könnten.

Die bessere, koordinierte Nutzung von Korrespondenzbankdaten kann potenziell Erfolge im Kampf gegen die schwerstkriminellsten Geldwäscher-Netzwerke und Banden liefern. Die Daten könnten auch dazu verwendet werden, das kollektive Verständnis von Geldwäschetypologien zu verbessern und die Risikobewertung von Produkten, Dienstleistungen und Gerichtsbarkeiten zu informieren. Dies alles könnte wiederum eine effektivere Umsetzung des risikobasierten Ansatzes in Banken, gemeinsame Anstrengungen zur Verhinderung von Kriminalität und deren Isolierung aus dem System ermöglichen.

Die multinationale SAR

Bestehende Beschränkungen des internationalen Informationsaustauschs verbieten es internationalen Finanzinstituten generell, ihre globale Sicht auf ein kriminelles Netzwerk mit nationalen Strafverfolgungsbehörden zu teilen. Dies hat zur Folge, dass das umfassende Bild des einzelnen Instituts zu diesem Thema aufgelöst werden muss und die resultierenden Fragmente des Gesamtbildes in verschiedene Gerichtsbarkeiten getrennt gemeldet werden müssen.

Die Strafverfolgung hat Mechanismen durch die Egmont Group, um dieses zerlegte Bild wieder zusammzusetzen, aber sie sind zeitaufwändig und gehen von der Annahme aus, dass die Gerichtsbarkeit bereits weiß, dass relevantes Material an anderer Stelle eingereicht wurde. Weiterhin existieren Risiken in Bezug auf den Verlust von Datentreue, da bei der Wiederherstellung des Bildes jede Gerichtsbarkeit bewertet, welcher Anteil der Informationen vollständig weitergegeben werden kann, wobei wichtige Details oder Kontexte häufig entfernt werden.

Das Resultat dieser Einschränkungen des Informationsaustausches besteht darin, dass die untersuchende Strafverfolgungsbehörde wahrscheinlich nur ein Teilbild der kriminellen Geldflüsse erhält, obwohl das einreichende Finanzinstitut bereits ein umfassendes Bild erstellt hat. Dem Finanzinstitut entstehen Kosten für die Zusammenstellung der Informationen, gefolgt von weiteren Kosten für das Aufteilen und separate Einreichen an mehreren Orten. Die Strafverfolgung verursacht Finanz- und Opportunitätskosten durch den Versuch, eine unvollständige Version des Bildes wieder zusammzusetzen, das zuvor in vollständiger Form existierte. Dieser Prozess kommt nur den Kriminellen zugute.

Länder, die sich zur Bekämpfung komplexer Finanzkriminalität verpflichten, sollten überlegen, wie der anfängliche, potenziell umfassende Einblick des globalen Finanzinstituts in einen Fall globaler Finanzkriminalität besser genutzt werden kann. Wenn beispielsweise die SAR einer globalen Bank Daten aus fünf Gerichtsbarkeiten enthält, könnte die gesamte SAR in allen fünf Gerichtsbarkeiten vollständig eingereicht werden, sodass jede Gerichtsbarkeit weiß, dass die anderen potenziell Interesse haben und auf sie zugehen kann, um durch Zusammenarbeit das Problem zu lösen.

Dieser Ansatz ist insofern herausfordernd, da er sowohl ein gewisses Maß an globaler Koordinierung zur Änderung der SAR-Rahmenbedingungen voraussetzt (siehe Abschnitt 5 dieses Berichts für weitere Erörterungen zur SAR-Reform), wie auch den politischen Willen, die Gesetzgebung mit Blick auf die Weitergabe personenbezogener Daten außerhalb nationaler Grenzen zu überprüfen, was im Widerspruch zu aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen in mehreren Gerichtsbarkeiten stehen würde. Fortschritte könnten jedoch erzielt werden, wenn ein ähnlicher Ansatz wie der oben beschriebene in Bezug auf den Austausch nicht-personenbezogener Daten angewendet wird. Länder könnten dazu bilaterale Vereinbarungen treffen oder in kleinen Gruppen mit vertrauenswürdigen Partnern ihren Banken genehmigen, Informationen über die anderen Gerichtsbarkeiten in gemeinsam SARs einzureichen.

Die positiven Auswirkungen der Entwicklung einer multinationalen SAR wären erheblich. Es würde sicherstellen, dass Ermittler in betroffenen Gerichtsbarkeiten schnell einen umfassenden Überblick über internationale kriminelle Netzwerke erhalten, was die Zusammenarbeit bei der Aufspürung von Vermögenswerten und Verhinderung von kriminellen Aktivitäten erleichtert, und gleichzeitig die Kosten für Banken durch höhere Effizienz senkt. Multinationale SARs würden auch dazu beitragen, dass neue und komplexe Geldwäschetypologien schneller und effizienter identifiziert und ausgetauscht werden, sodass vorbeugende Maßnahmen auf koordinierter Basis effektiver umgesetzt werden können. Das Konzept einer multinationalen SAR wäre besonders wirksam, wenn die Länder, in denen sich große Finanzzentren befinden, diese frühzeitig einführen, da dadurch ein erheblicher Teil des globalen Verdachts erfasst und in gemeinsamen Berichten geteilt werden könnte.

Der Gemeinsame Berichtsstandard

Mit der Einführung des gemeinsamen Berichtstandards (Common Reporting Standard, CRS) können vertrauliche und personenbezogene Daten in Bezug auf Steuerzahler zwischen den Gerichtsbarkeiten ausgetauscht werden.⁴⁵ Viele Argumente zur Einführung des CRS gelten gleichermaßen für die Bekämpfung der Geldwäsche. Steuerhinterziehung ist ein globales Problem und erfordert eine globale Lösung. Die politischen Entscheidungsträger im Bereich der Finanzkriminalität sollten die Argumente für die Schaffung und Umsetzung des CRS erneut prüfen, um das Modell wirksam einzusetzen und die Umsetzung ähnlicher Befugnisse zum Informationsaustausch in Bezug auf andere Finanzkriminalität und Terrorismusfinanzierung zu beschleunigen.

Wie ein besserer Informationsaustausch zur Bekämpfung der Finanzkriminalität beigetragen hätte

In den letzten Jahren wurde eine Reihe bedeutender Fälle von Geldwäsche bekannt, darunter beispielsweise der „Russische Waschsalon“ (international bekannt als Russian Laundromat), der Fortuna-Betrug, Mirror Trading und die Panama Papers. Diese und ähnliche Fälle veranschaulichen sowohl das Ausmaß als auch die Komplexität von Geldwäschesystemen, als auch mit welcher Leichtigkeit der Erlös aus Straftaten zwischen Gerichtsbarkeiten übertragen werden kann.

Beispielsweise hat das Waschsalonsystem in Moldau schätzungsweise mindestens 20 Milliarden USD³⁷ illegaler Gelder aus Russland in das globale Finanzsystem übertragen, bevor es 2014 enthüllt wurde. Das Programm beschäftigte ein komplexes Netzwerk von Hunderten von Briefkastenfirmen, Nominalvorständen (Strohmannern) und internationale Bankkonten über mehrere Gerichtsbarkeiten hinweg. Es wurden fiktive Darlehensvereinbarungen zwischen in Großbritannien registrierten Scheinfirmen geschlossen, die allerdings ihre Bankkonten in den baltischen Staaten hatten. Diese Darlehen wurden wiederum von weiteren Briefkastenfirmen in anderen Ländern verbürgt.

Die Darlehensverträge gerieten geplant in Zahlungsverzug und wurden dann zur Streitbeilegung ins moldauische Gerichtssystem gebracht, welches Zuständigkeit war, da moldauische Staatsangehörige nominell Kontrolle über die in den Streit verwickelten Firmen hatten.

Die Gerichte entschieden zugunsten der einen oder anderen Seite und wiesen diese an, das Darlehen von der als Bürgere fungierenden ausländischen Scheinfirma zurückzahlen zu lassen. Der Wert des Darlehens (manchmal Hunderte von Millionen Dollar) wurde dann auf das baltische Bankkonto der Briefkastenfirma überwiesen, das den Rechtsstreit „gewonnen“ hatte.

Die Leiter des Netzwerks konnten die Entscheidung des moldauischen Gerichts nutzen, um ihre Mittelherkünfte zu erläutern und so CDD-Kontrollen zu umgehen, die möglicherweise durch die Zahlungseingänge bei der empfangenden Bank im Baltikum ausgelöst würden.

Das Geld wurde dann durch Barzahlungen, handelsbezogene Geldwäschesysteme und Investitionen in andere Finanzprodukte in das globale Finanzsystem transferiert.

Während manche Gerichtsbarkeiten Untersuchungen zu diesen und anderen Systemen eingeleitet und in einigen Fällen Strafverfolgungs- oder Regulierungsmaßnahmen bewirkt haben, besteht nach wie vor ein starkes Ungleichgewicht zwischen dem Ausmaß der mutmaßlichen Kriminalität und dem Ausmaß und den Auswirkungen der Reaktion. Von den Milliardenbeträgen, die annehmlich verschoben wurden, ist nur sehr wenig aufgespürt, zurückgehalten oder beschlagnahmt worden, und nur sehr wenige Kriminelle sind verhaftet oder strafrechtlich verfolgt worden.

Dies mag zwar entmutigend sein, ist aber nicht überraschend. Das Geld, das durch solche Systeme geschleust wird, kann sich an einem einzigen Tag undurchsichtig und schnell durch mehrere Gerichtsbarkeiten bewegen, während die Verfolgung dieser Ströme Jahre erfordern kann. Dies führt zu einer Waffenungleichheit zwischen Strafverfolgungsbehörden und Kriminellen, die nur durch eine umfassende Reform der internationalen Regeln für den Informationsaustausch und die effektivere Nutzung und Vernetzung von Daten des öffentlichen und privaten Sektors auf internationaler Ebene verbessert werden kann. Internationale politische Gremien wie die G20 müssen solche Reformen weiterhin vorantreiben.³⁸





Verbesserung der Datennutzung und -qualität

Hintergrund

Die Verwendung von Daten kann transformativ sein. Wie sie gespeichert werden und auf welche Quellen zugegriffen werden, kann ebenso wichtig sein wie der Fluss durch effektive Mechanismen für den Informationsaustausch. Es besteht ein gewisses Maß an Konsens über die Bedeutung und den Nutzen der Sammlung, Standardisierung und Bereitstellung kontextbezogener Datensätze durch Dienstprogramme, welche eine konsistente „single version of the truth“ unterstützen und von Finanzinstituten zur Erfüllung der wichtigsten KYC- und CDD-Anforderungen verwendet werden können, zusammen mit anderen proaktiven Ermittlungsanforderungen und -pflichten für Finanzkriminalität.

Eine einheitliche, zuverlässige und unabhängig verifizierte Informationsquelle hätte erhebliche positive Auswirkungen auf das derzeit in diesem Bereich aufgewendete Ressourcenvolumen. Gleichzeitig würde es die Konsistenz und Qualität der Daten verbessern, die gesammelt und Finanzinstituten zur Vervollständigung ihrer Informationen bezüglich ihrer KYC-Verpflichtungen zur Verfügung gestellt werden. Gegenwärtig wird die fragmentierte KYC-Datenlandschaft als eine Informationsasymmetrie charakterisiert, bei der verschiedene Finanzinstitute, möglicherweise sogar Zweigniederlassungen und Tochterunternehmen innerhalb derselben Gruppe, jeweils Informationen über dieselben Kunden besitzen, die sich möglicherweise überschneiden, aber auch widersprüchlich oder unvollständig sein können – eine Schwäche, die Kriminelle im Finanzsystem ausnutzen können.⁴⁶

Kontextdatensätze, die auf einer einzigen verifizierten „golden source“ basieren, sind eine mögliche Lösung dieses Problems, und die Argumente zur Unterstützung ihrer Erstellung sind überzeugend. Der Einsatz solcher Dienstprogramme könnte die derzeit aufgewendeten kapital- und arbeitsintensive Anstrengungen zur (Wieder-)Erstellung fragmentierter und partieller Kundenbilder erheblich verbessern, indem zuverlässige und korrekte Kundeninformationen auf effiziente Weise bereitgestellt werden, nach dem Motto: Mach es einmal und mach

es gut. Sie könnten auch als Treiber für den Austausch von Best Practices und die kollektive Anhebung der Messlatte für Finanzkriminalitäts-Compliance dienen.

Das Design und die Implementierung geteilter oder „gegenseitiger“ Kontextdatensätze und der dazugehörigen Dienstprogramme sind jedoch mit erheblichen Herausforderungen verbunden. Dazu gehören die hohen Kosten für Start-up und Integration sowie die Tatsache, dass zur Zeit die Haftungsmodelle nicht die Verlagerung der Verantwortung und Rechenschaftspflicht für Risiken widerspiegeln, die den gemeinsamen Dienstprogrammen zugrunde liegen, sowie Bedenken hinsichtlich des Managements des Datenschutzes und des Betriebsrisikos.

Empfehlungen

Vorrangige Themen mit Bezug auf die Zentralisierung von Daten sind die Entwicklung von Registern für wirtschaftlich Berechtigte, gemeinsame Modelle für KYC/CDD-Dienstprogramme, die Verwendung digitaler Identitäten sowie eine stärkere Datenfusion und -bündelung innerhalb von Organisationen.

Zentralisierung von Unternehmensinformationen durch Register für wirtschaftlich Berechtigte

FATF-Empfehlung 10 (b) besagt, dass Finanzinstitute im Fall von Kunden, die juristische Personen oder Einrichtungen sind, angemessene Schritte zur Überprüfung der wirtschaftlichen Berechtigten identifizieren und ergreifen sollten und dass dies „Finanzinstitute einbeziehen sollte, die die Eigentümerschaft und Kontrollstruktur der Kunden verstehen“.⁴⁷ Dies ist kapital- und arbeitsintensiv und häufig doppelter Aufwand, wenn es sich um dieselben Einheiten handelt, deren Strukturen von verschiedenen Abteilungen für Onboarding, CDD und Finanzkriminalität mehrfach unabhängig voneinander identifiziert und neu erstellt werden müssen. Darüber hinaus kann die Anwendung unterschiedlicher Standards und Verfahren bei der Durchführung von CDD an Kunden und deren Unternehmensstrukturen zu unstimulierenden Informationen bei den Finanzinstituten führen. Diese Asymmetrie bleibt keineswegs vor denjenigen verborgen, die solche Lücken im Finanzsystem zur Geldwäsche

auszunutzen versuchen. Kriminelle wissen sehr wohl, dass Finanzkriminalitäts-Compliance in einer isolierten Weise erfolgt, die durch die territoriale Eigenschaft von Rechtsordnungen und -vorschriften vorgegeben ist, sowohl derer, die in direktem Zusammenhang mit Finanzkriminalität stehen, als auch derer, die die Aufbewahrung und Weitergabe von Informationen wie Datenschutz- und Bankgeheimnisgesetze regeln.

Nach den Skandalen um die Panama Papers und Paradise Papers⁴⁸ haben Register für wirtschaftlich Berechtigte als wünschenswerte kontextbezogene Datensätze an Bedeutung gewonnen, um mehr Transparenz über die Eigentums- und Kontrollstrukturen von Unternehmen zu ermöglichen. Das Konzept der Register für wirtschaftlich Berechtigte ist in den FATF-Empfehlungen⁴⁹ verankert, deren Umsetzung ist jedoch weltweit uneinheitlich fortgeschritten. Wo sie überhaupt zur Verfügung gestellt werden, werden die Daten häufig von einer öffentlichen Einrichtung gespeichert und verwaltet, welcher finanzielle Mittel und Arbeitskräfte zur effektiven Überwachung der Datenqualität fehlen.⁵⁰ Dieses Problem muss durch Richtlinienänderungen und Investitionen angegangen werden.

Während die FATF klarstellt, dass Länder in der Verantwortung stehen, dass angemessene, präzise und zeitnahe Informationen über wirtschaftlich Berechtigte und die Kontrolle juristischer Personen vorliegen, kann dies zum Nutzen der Strafverfolgung und anderen Behörden geschehen. Daher sollte dies auf den weiteren regulierten Sektor ausgedehnt werden, wo dies noch nicht geschieht, damit er zu einem bedeutenden „Kraftmultiplikator“ in einem der herausforderndsten Bereiche des KYC-Prozesses wird.

- Harmonisierung und Vertrauen in zugängliche, überprüfbare und aktuelle Register wirtschaftlich Berechtigte auf globaler Basis: Systeme für wirtschaftlich Berechtigte erfordern eine stärkere Harmonisierung und konsequente Umsetzung auf globaler Basis. Wenn keine robuste Plattform für den Zugriff auf Informationen über die zugrundeliegende Kontrolle verbundener Unternehmen existiert oder durch

Gesetze und Vorschriften beeinträchtigt wird, die beim Informationsaustausch zu Silos führen, kann sich eine Systemschwäche entwickeln. Zugängliche Register für wirtschaftlich Berechtigte sollten weltweit im Einklang mit den FATF-Leitlinien implementiert werden.

Ein wichtiger Punkt, der auf globaler Basis noch nicht vollständig angesprochen wurde, ist die Frage, bei wem die Verantwortung für die Ermittlung der wirtschaftlichen Berechtigten liegt. In der Vergangenheit hatten größtenteils die Finanzinstitute die Pflicht, sie zu identifizieren und verifizieren. Die juristischen Personen selbst sollten nun stärker zu überprüfbar, öffentlichen Angaben angehalten werden. Unabhängige, öffentliche und zuverlässige Register sollten als zuverlässige Quelle für Due-Diligence-Informationen gefördert, aktiv überwacht und von den Regierungen unterstützt werden. Die Regierungen sollten zu den von ihnen bereitgestellten kontextbezogenen Referenzdaten stehen und sicherstellen, dass dies eine „goldene Quelle“ ist, auf die sich der regulierte Sektor sowohl praktisch als auch rechtlich verlassen kann.

Darüber hinaus sollte die Verwendung des „Legal Entity Identifier“ (LEI)⁵¹ zur Verbesserung der Transparenz bei Methoden und Werkzeugen in Betracht gezogen werden. Der LEI sorgt für die eindeutige Identifizierung juristischer Personen und könnte von Strafverfolgungs- und Aufsichtsbehörden wirksam genutzt werden, um die tatsächlichen wirtschaftlich Berechtigten einer Struktur zu identifizieren oder sie zu überwachen. Die Nutzung des LEI als Pflichtfeld in Registern und die Förderung seiner weiteren Verwendung würden dazu beitragen, weitere verlässliche Informationen über die Gesamtkontrolle zu erhalten und die Customer Due Diligence im Allgemeinen zu verbessern.

Vergemeinschaftung und Zentralisierung von Daten durch gemeinsame Dienstprogramme

Unter dem aktuellen Compliance-Modell arbeitet jedes Finanzinstitut (und sogar verschiedene Geschäftsbereiche innerhalb

der einzelnen Finanzinstitute) isoliert an der Sammlung von KYC-Informationen und stellt Informationen zusammen. Die Lösung der daraus resultierenden Informationsasymmetrie erfordert einen Konsens darüber, was die „single version of the truth“ über jeden Kunden ausmacht. Ein Ansatz wäre die Kundeninformationen zu vergemeinschaften, sodass das Dienstprogramm jeweils nur einen KYC-Datensatz speichert, der dann den verschiedenen Finanzinstituten über das Dienstprogramm zur Verfügung steht. Mehrere Gerichtsbarkeiten haben frühe Versionen solcher Dienstprogramme entwickelt - mit unterschiedlichem Erfolg. Dazu gehören Singapur, Skandinavien, die Niederlande und die CDD-Plattform „MANSAs“ in Afrika, die von einer Partnerschaft zwischen Privatsektor und Zentralbanken eingerichtet wurde und eine einzige Quelle für Primärdaten bereitstellt, die für die Durchführung der Kunden-Due-Diligence-Prüfung bei afrikanischen Körperschaften erforderlich sind, um die Risikowahrnehmung zu ändern, die Risikoreduzierung auf dem Kontinent anzusprechen und den Handel in Afrika zu fördern.⁵² Die Finanzindustrie hat bereits die Initiative für einen weltweit anerkannten KYC-Standard ergriffen und das KYC-Register erstellt.⁵³

Dezentrale Modelle sind konzeptionell auch möglich, und die Implementierung dieser Modelle könnte durch die kontinuierliche Weiterentwicklung der Distributed Ledger-Technologie verbessert werden. Die Entwicklung und Implementierung von Dienstprogrammen erfordert jedoch einige Faktoren, einschließlich:

- Verbesserung der öffentlich-privaten Zusammenarbeit bei Dienstprogrammen: Eine enge Zusammenarbeit zwischen privaten und öffentlichen Sektoren (einschließlich Aufsichtsbehörden) ist von entscheidender Bedeutung, damit die resultierenden Dienstprogramme nicht nur die spezifischen Anforderungen jedes Finanzinstituts effektiv erfüllen, sondern auch den rechtlichen und regulatorischen Rahmen der Gerichtsbarkeit, in der das Dienstprogrammmodell eingerichtet ist.

- Neukalibrierung des Haftungsmodells: Finanzinstitute sind weiterhin für die Richtigkeit der gesammelten Kundeninformationen verantwortlich, selbst wenn diese aus offiziellen Quellen wie Register für Unternehmen und wirtschaftlich Berechtigte stammen. Die vierte EU Geldwäscherichtlinie⁵⁴ stellt beispielsweise klar, dass diese Informationen nicht die einzige Quelle darstellen sollten, auf die sich Finanzinstitute stützen, um ihren Customer Due Diligence-Pflichten nachzukommen, und dass diese Anforderungen unter Verwendung eines risikobasierten Ansatzes erfüllt werden müssen. Die Verantwortung und damit das Risiko für die Richtigkeit und Qualität dieser Informationen liegt bei den Finanzinstituten. Der Druck auf Finanzinstitute, Ressourcen in die Umsetzung dieses kritischen Elements des KYC-Prozesses zu investieren, ist erheblich und birgt das Risiko, eine Compliance-Kultur zu schaffen, in welcher Listen „abgehakt“ werden und Ressourcen von potenziell effektiveren informationsbasierten Ansätzen zur Bekämpfung der Finanzkriminalität umleitet.

Die Entwicklung von Dienstprogrammen in enger Zusammenarbeit mit den Regulierungsbehörden sollte daher mit einer Verteilung der Rechenschaftspflicht für Risiken einhergehen, die darauf abzielt, das derzeitige Modell anzupassen, bei dem die Verantwortung ausschließlich bei den Finanzinstituten liegt. Die Entwicklung und Verwendung von Daten aus einer „goldenen Quelle“ in Zusammenarbeit mit Aufsichtsbehörden und anderen Stellen des öffentlichen Sektors sollte durch ein explizites, gesetzlich verankertes Verständnis unterstützt werden, dass Finanzinstitute nicht für die Richtigkeit und Herkunft dieser Daten haftbar gemacht werden (im Unterschied zu der fortdauernden Verpflichtung zur Durchführung von Due Diligence in einer dem Risikoprofil des Kunden angemessenen Weise). Die zuständigen Stellen des öffentlichen Sektors müssen einen Teil der Verantwortung für die Datenqualität mittragen, während gleichzeitig juristische Personen qualitativ bessere KYC-Daten über sich selbst bereitstellen müssen (z. B. größere Transparenz und Genauigkeit der Daten in Bezug auf wirtschaftlich Berechtigte).



Einbettung der digitalen ID in das Risikomanagement von Finanzkriminalität

Die digitale Identität kann potenziell eine wichtige Kategorie von vergemeinschafteten Daten in der Prävention von Finanzkriminalität sein. Bei Individuen könnte die digitale Bewertung von Identitätsdokumenten den Dokumentenbetrug reduzieren und das Vertrauen in KYC-Prozesse stärken, während gleichzeitig der Onboarding-Prozess des Kunden beschleunigt wird. Die digitale Identität könnte auch der Überprüfung von Unternehmensbesitzstrukturen dienen, die dann beispielsweise bei der Beantragung neuer Produkte und Dienstleistungen bei diesem oder einem anderen Finanzinstitut zuverlässig wiederverwendet werden könnten.

Gleichzeitig kann die digitale Identität die Privatsphäre verbessern, da Einzelpersonen und Organisationen lediglich die Informationen freigeben können, die für die jeweilige Transaktion erforderlich sind, und nicht Informationen nur deshalb mitteilen, weil sie in papierhaften Identitätsdokumenten eingebettet sind. Die Verwendung von Zero-Knowledge-Proofs kann diesen

Schutz erweitern, da keine zugrundeliegenden Informationen mehr geteilt werden müssen.

Während die digitale Identität das Potenzial hat, die Effizienz und Effektivität des Risikomanagementrahmens bei Finanzkriminalität zu verbessern, hängt das Ausmaß ihrer Einführung von mehreren Faktoren ab. Dazu gehören die Klärung regulatorischer Unsicherheiten hinsichtlich der rechtlichen Verwendung und Akzeptanz digital verifizierter Referenzen sowie die Entwicklung der erforderlichen Governance-Protokolle, um ein weit verbreitetes Vertrauen in ein global interoperables digitales Identitätsmodell sicherzustellen.

Gegenwärtig fehlende Klarheit darüber, welche Formen der digitalen Identität akzeptiert werden, führt dazu, dass Unternehmen in einer Grauzone operieren, ob digital verifizierte Referenzen eine akzeptable Form der Identität sind. Dies schafft ein reales oder wahrgenommenes regulatorisches Risiko, das Unternehmen dazu veranlasst, weiterhin traditionelle Identifikationsdokumente zu verwenden.

Eine zweite Einschränkung ist das breite Spektrum von neuen digitalen Identitätsökosystemen mit zentralisierten Modellen, die möglicherweise einfacher zu steuern sind, wobei aber dezentralisierte Modelle internationale Skalierbarkeit und erhöhte Sicherheit gegen beispielsweise Cyber-Angriffe bieten.

Der potenzielle Wert der digitalen ID als Mittel zur Verbesserung der Effizienz und Effektivität des KYC-Prozesses, der im Mittelpunkt aller Risikomanagementrahmen für Finanzkriminalität steht, ist erheblich. Daher sind sowohl internationale Normgeber als auch nationale Behörden aufgefordert, die oben genannten Fragen zu untersuchen und Leitlinien über akzeptable Modelle der digitalen Identität zu erstellen, damit der kollektive Nutzen der digitalen ID bei der Bekämpfung von Finanzkriminalität erschlossen werden kann.⁵⁵ Wir erwähnen hier die bisherigen Bemühungen der FATF bei der Entwicklung von Leitlinien zur Verwendung digitaler Identität zum Zwecke der Due-Diligence-Prüfung bei Kunden – solche Wege zur internationalen Koordinierung sollten gefördert werden.

Datenfusion/-pooling

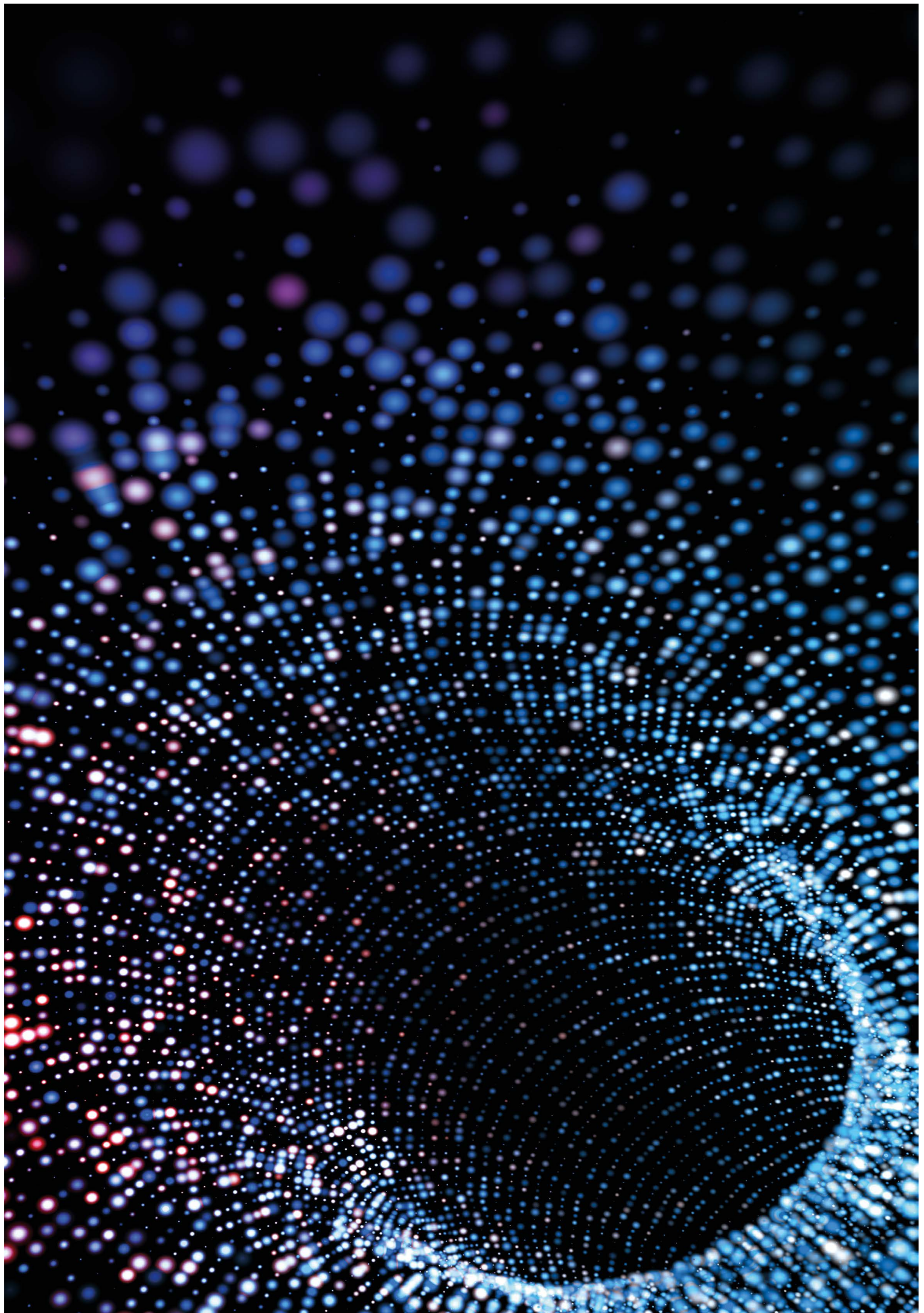
Ein weiterer wichtiger Faktor für eine effektive und effiziente Reaktion zur Finanzkriminalitäts-Compliance ist die Datenfusion. Viele Organisationen arbeiten in Silos, wo sie Daten sammeln und Systeme aufbauen, um Verbrechen wie Geldwäsche, Betrug, Sanktionsumgehungen, Cyberkriminalität und Marktmissbrauch getrennt zu bekämpfen.

Kriminelle wirken nicht ausschließlich in diesen thematischen Silos, sondern überschreiten Bereiche und Grenzen, um Geld zu verdienen und der Entdeckung zu entgehen. Beispielsweise kann ein Cyberangriff verwendet werden, um vertrauliche Daten zu stehlen, die dann zu Betrugszwecken und schlussendlich Geldwäsche verwendet werden.

In der Tat hinterlassen Kriminelle wahrscheinlich Spuren in den Compliance-Funktionen der Finanzinstitute. Ebenso können Kriminelle völlig legitime Interaktionen mit der Bank haben und ein „sauberes“ Leben parallel zu kriminellen Aktivitäten führen. Wenn die Daten nicht bankübergreifend abgeglichen werden, hat die Risikobewertung keine vollständige Informationen, sodass Möglichkeiten zur effizienten und effektiven Aufdeckung und Verhinderung von Straftaten verloren gehen.

Die Datenabstimmung oder -fusion ist ein Schlüsselement für die effektive Umsetzung der in diesem Beitrag erörterten umfassenderen Reformen, einschließlich ÖPPs, Informationsaustausch zwischen Finanzinstituten und die bessere Nutzung von SAR-Daten. All diese Reformen zielen auf eine Zukunft ab, in der der Fluss an Informationen und Erkenntnissen zwischen Stakeholdern in der Finanzkriminalitäts-Compliance zunimmt, sodass diese zeitnah Investitionen in Ressourcen und Anstrengungen tätigen können. Wenn Finanzinstitute diese Informationen nicht über ihren gesamten Datenbestand hinweg abfragen können, gehen Chancen verloren.

- Vermehrte Datenbündelung fördern: neben der effizienteren und effektiveren Aufdeckung von Straftaten bietet die Datenfusion eine Reihe von Vorteilen. Sie kann inhärente Kosteneinsparungen durch die Rationalisierung mehrerer Versionen ähnlicher Systeme wie Fallmanagement- und Analysetools erbringen. Durch eine Datenfusion kann das Finanzinstitut ein umfassenderes Risikoverständnis aufbauen, was regulatorische Sanktionen sowie private Rechtsstreitigkeiten verringert. Schließlich ermöglicht eine ganzheitliche Kundenansicht den Unternehmen, aufschlussreiche und datengesteuerte Entscheidungen zu treffen und Produkte und Dienstleistungen nach Bedarf auf Kunden zuzuschneiden.





Reform des Suspicious Activity Report (SAR)-Systems

Hintergrund

Es ist ein Gemeinplatz zu behaupten, dass das SAR-Regime sowohl die Finanzinstitute als auch die Strafverfolgungsbehörden vor Herausforderungen stellt. Die schiere Anzahl der generierten und untersuchten Alerts und, wo angemessen auch übermittelten SARs stellt ein erhebliches Unterfangen dar, welches sowohl die Finanzen als auch die Ressourcen der berichtenden Institute unter Druck setzt. Eine Studie aus dem Jahr 2018 über die Ressourcen für Bank Secrecy Act (BSA)/AML-Compliance in den USA hat gezeigt, dass die 18 Befragten durchschnittlich 22% ihrer BSA/AML-Compliance-Mittel für die SAR-Funktion bereitstellten, die somit die größte Einzelkomponente innerhalb dieses Bereiches ausmacht.⁵⁶

Ein Ergebnis dieser Aufwände ist eine erhebliche Anzahl von Übermittlungen an die Strafverfolgungsbehörden. So wurden zum Beispiel im Zeitraum 2016-17 über 400.000 SARs allein in Großbritannien bei der National Crime Agency (NCA) eingereicht.⁵⁷ Entsprechend den Auswertungsergebnissen der „FATF UK Mutual Evaluation“ aus dem Jahr 2018 gab es durchschnittlich aber nur 80 Mitarbeiter in der britischen FIU, die alle zum Zeitpunkt dieser FATF-Überprüfung im März 2018 eingegangenen SARs zu bearbeiten hatten. Diese Diskrepanz zwischen den Ressourcen der FIU und der Anzahl der eingereichten SARs ist ein häufig festgestelltes Problem in vielen Jurisdiktionen. Obwohl manche Länder ein dezentrales Modell betreiben, in dem SARs für die Finanzermittlergemeinschaft allgemein bereitgestellt werden, hat der öffentliche Sektor noch immer nicht genügend Ressourcen, um alle eingereichten SARs zu untersuchen – und das sollte auch nicht sein Ziel sein, denn auch bei SAR-Berichten bedeutet Quantität nicht gleich Qualität.

Große Mengen von SARs mit geringer Qualität führen zu schlechten Ergebnissen und binden wertvolle Ressourcen. Schlechte Resultate spiegeln sich in schlechten Umwandlungsraten wider. Ein Europol-Bericht aus dem Jahr 2017 über die Wirksamkeit des SAR-Regimes in der

gesamten EU stellte fest, dass zwischen 2006 und 2014 die Umwandlungsrate der eingereichten SARs, die anschließend zu weiteren Maßnahmen führten, zwischen 10% und 14% lag.⁵⁸ Darüber hinaus wurden die vorläufig beschlagnahmten oder eingefrorenen Erträge aus Straftaten für den Zeitraum 2010-2014 auf nicht mehr als 2,2% geschätzt. Da SAR-Berichte eines der wichtigsten Mittel der Strafverfolgungsbehörden zur Gewinnung von Informationen für die Untersuchung und Verfolgung von Straftaten darstellen, ist es entscheidend, dieses Problem im Hinblick auf ein effektives und erkenntnisgestütztes Compliance-Modell für Finanzkriminalität zu lösen.

Empfehlungen

Dieser Bericht beschreibt eine Reihe an Reformen zur Verbesserung des Informations- und Erkenntnisflusses für die Finanzkriminalitäts-Compliance-Gemeinschaft, einschließlich des verstärkten Einsatzes von ÖPPs und Reformen der Regeln für den Informationsaustausch. Der regulierte Sektor steht an vorderster Front im Kampf gegen Finanzkriminalität, daher braucht der Sektor mehr Wissen und mehr Erkenntnisse, um seine Mittel und Anstrengungen als Teil eines wirklich erkenntnisgestützten, risikobasierten Ansatzes einzusetzen, der mehr Kriminalität verhindert und aussagekräftigere SARs generiert, die mit höherer Wahrscheinlichkeit von Strafverfolgungsbehörden überprüft und behandelt werden (können). Diese Optimierungen sollten durch größere Transparenz hinsichtlich aufsichtsrechtlicher Erwartungen an die Berichterstattung unterstützt werden.⁵⁹ Die weiter unten dargestellten Empfehlungen sind nicht dazu gedacht, die Notwendigkeit des SAR-Regimes anzufechten, sie versuchen vielmehr, seine Wirksamkeit durch verbesserte Nutzung von Informationen zur Optimierung des Prozesses und die Qualität der Verdachtsmeldungen zu erhöhen.⁶⁰

Priority SAR-Modell

Eine Option zur Verbesserung der Wirksamkeit einer kollektiven Reaktion zur Finanzkriminalität wäre, Stakeholder des öffentlichen und privaten Sektors in die Lage zu versetzen, gemeinsam gegen

solche kriminellen Bedrohungen vorzugehen, die als gemeinsame nationale Priorität abgestimmt sind – z. B. durch eine nationale, öffentliche bzw. private Bedrohungsanalyse.

Sobald berichtende Institute Verdachtsmomente im Zusammenhang mit einer nationalen Priorität identifizieren, würden sie die Behörden benachrichtigen, welche dann in der Lage sind, ein Eilverfahren zur Informationsweitergabe auszulösen, untermauert durch klare Ermächtigungen. Diese Rechtsvorschriften würden es den Stakeholdern im öffentlichen und privaten Sektor erlauben, proaktiv und direkt zusammenzuarbeiten, unter anderem als Teil einer gemeinsamen „Taskforce“ zur Identifizierung, Bündelung und Analyse relevanter Daten; mit Rechtssicherheit vor den umfassenden Regeln und Vorschriften, die beispielsweise den Datenschutz und die Privatsphäre des Kunden betreffen. Die Befugnis zur Auslösung dieser Rechtsvorschriften könnte bei der FIU oder bei der Regulierungsbehörde liegen und wäre durch eine Bewertung der Verhältnismäßigkeit, Notwendigkeit und Rechtfertigung geregelt.

Dieser „Priority SAR“-Ansatz hätte zum Ziel, das Spannungsfeld zwischen Datenschutzrechten und Ermittlungen durch Abstimmung der Kompetenzen auf nationale Prioritäten auszugleichen. Es würde auch das bestehende SAR-System verbessern, da eine einzelne Institution mit kollektiver Vollmacht dazu beitragen könnte, den gefährlichsten Bedrohungen für die Gesellschaft effektiv und mit einem risikobasierten Ansatz zu begegnen.

Ein SAR „Request“-Modell

Gegenwärtig erhalten SAR-Berichtende nur begrenztes Feedback zur relativen Bedeutung des von ihnen identifizierten Verdachts. Daher sind sich die Berichtenden oft nicht sicher, ob ihr Bericht von hohem oder niedrigem Interesse für die Strafverfolgung oder die FIU ist.

Aufgrund dieses fehlenden Zusammenhangs bringen Berichtende den gleichen Arbeitsaufwand für die Untersuchung und

Meldung aller Verdachtsmeldungen ein, statt ihre Ressourcen auf die Fälle zu konzentrieren, die für die Strafverfolgung von größtem Interesse oder größter Bedeutung sind; im Endeffekt werden hierdurch die Ressourcen für vorrangige Fälle „verwässert“.

Eine effizientere Lösung wäre eine Änderung der Meldepflicht, sodass eine erste „Verdachtsbenachrichtigung“ vom Finanzinstitut an die FIU vereinfacht wird, möglicherweise beschränkt auf Kernkundendaten und eine Zusammenfassung des Verdachts, wodurch der Großteil des Ermittlungspotentials für vorrangige Fälle reserviert bleibt.

Die FIU würde eine solche Verdachtsbenachrichtigung nach Erhalt prüfen und könnte bei Interesse am Unternehmen oder Thema eine vollständige Untersuchung vom Berichtersteller erbitten, diese in einem vereinbarten Zeitrahmen und zu vereinbarten, umfassenden Anforderungen abzuschließen wäre. Dieser Ansatz würde es den Stakeholdern im privaten und öffentlichen Sektor ermöglichen, ihre maximale Anstrengungen auf Bereiche zu konzentrieren, die für die Strafverfolgung von größter Bedeutung sind, wodurch die Effizienz und Effektivität des Systems insgesamt verbessert werden. Das Konzept der „Request SAR“ könnte im Laufe der Zeit weiter ausgebaut und sogar teilweise automatisiert werden, indem Banken den Strafverfolgungsbehörden direkten Zugang zu den Verdachtsmeldungen zugrundeliegenden Daten gewähren.

Verbessern der Feedbackschleife

Ein wesentlicher Faktor für die Qualität der SAR-Angaben ist verbessertes Feedback von Strafverfolgungsbehörden an die berichtenden Institute. Das Fehlen dieser Rückmeldungen nach einer Offenlegung ist ein allgemeines Problem, das in den meisten Ländern auftritt. Wenn von Strafverfolgungsbehörden/FIUs wenig oder gar nichts zurückgemeldet wird, sind die berichtenden Institute schlechter in der Lage, ihre eigenen Ansätze zur Identifizierung verdächtiger Aktivitäten zu verfeinern oder die Qualität der eingereichten Berichte zu

verbessern. Infolgedessen werden die Institute nicht darauf aufmerksam gemacht, wo sie schlecht gearbeitet haben und wie sie ihre Arbeit gegebenenfalls verbessern können.

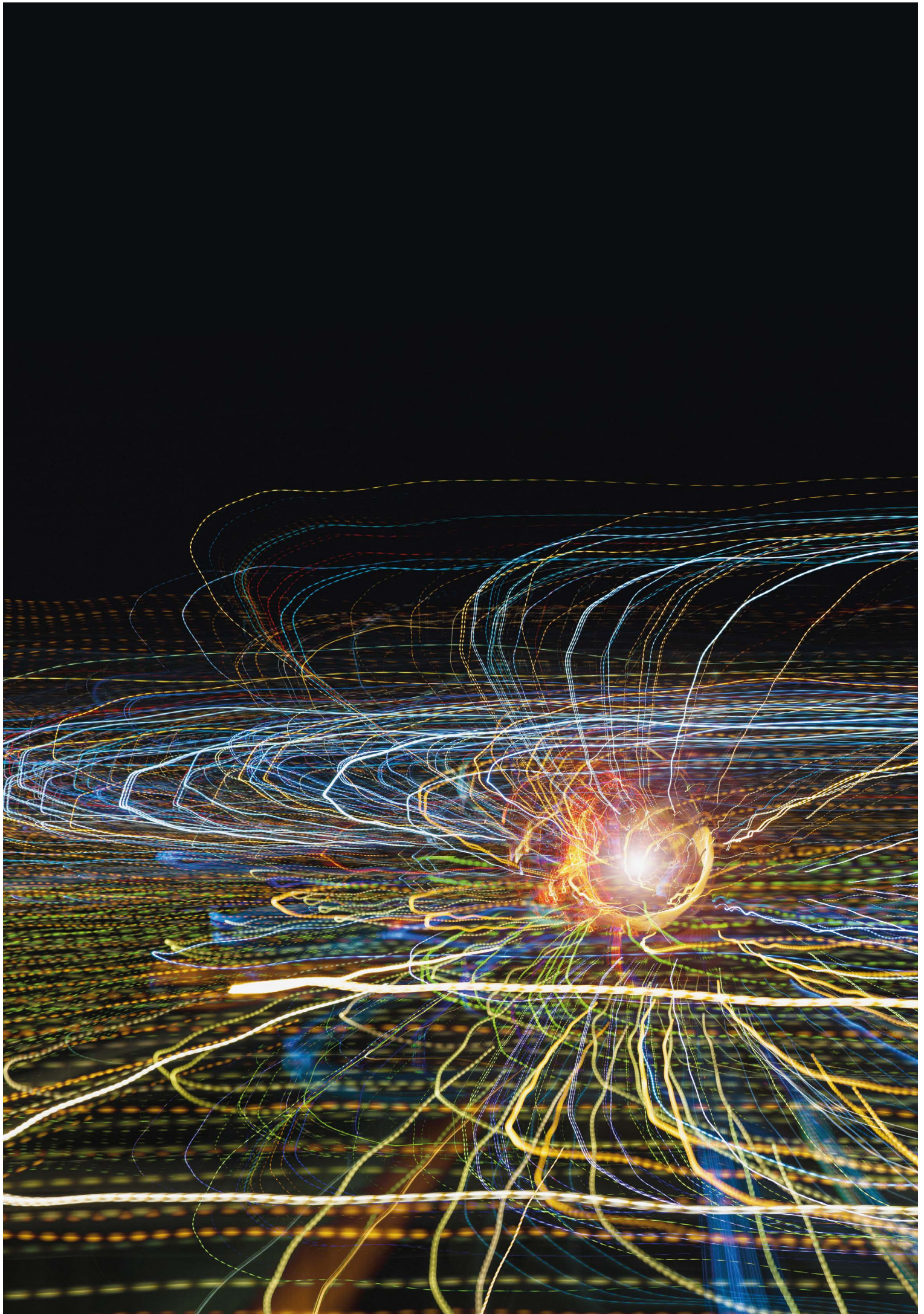
- Nachbesprechung komplexer Fälle: Die privilegierte Position der FIU im Zentrum des SAR-Systems bietet möglicherweise Zugang zu einem umfassenderen Überblick über ein komplexes multi-institutionelles Geldwäschesystem als dies für individuelle Berichterstattungsinstitute möglich wäre. Unter diesen Umständen mag für die Institute nicht erkennbar sein, was für die FIU offensichtlich ist. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die FIUs neben einer umfassenderen Bedrohungs- und Trendanalyse mehr tun, um Erkenntnisse aus der Analyse komplexer Fälle auszutauschen, damit die berichtenden Institute ihre Ressourcen durch ein besseres Verständnis der Risiken effektiver anwenden können.
- Kollektive Weiterbildung: Ein verstärkter Dialog zwischen dem regulierten Sektor, den Strafverfolgungsbehörden und der FIU würde die Fähigkeiten, Fertigkeiten und das Bewusstsein aller am SAR-System beteiligten Stakeholder verbessern. Beispielsweise könnten der private Sektor Briefings für den öffentlichen Sektor veranstalten, um das Verständnis der Strafverfolgungsbeamten für die Merkmale komplexer Finanzprodukte und -dienstleistungen zu verbessern. Dadurch hätten die Strafverfolgungsbehörden ein besseres Verständnis bei Berichten über die Verwendung dementprechender Produkte zur Geldwäsche, wie sie ausgenutzt wurden, und könnten geeignete Maßnahmen ergreifen. Solche Briefings durch den Privatsektor könnten auch Einblicke in Prioritäten, die Schlüsselemente einer „guten“ SAR und neu auftretende Bedrohungen geben.
- Automatisierung: Die Automatisierung von SAR-Prozessen kann als Beschleuniger fungieren; sie leistet einen Beitrag zur Effizienzsteigerung bei der Verarbeitung von Alerts und Berichten über ungewöhnliche Aktivitäten sowie bei der

Identifizierung von Verdachtsmomenten. Abhängig von Art und Umfang kann die Automatisierung sowohl auf schwellenwertbasierte Reports, die für die Transaktionsüberwachung charakteristisch sind, als auch auf Berichte ungewöhnlicher Aktivitäten angewendet werden, die in erster Linie die Domäne menschlicher Eingaben und Beurteilungen sind.

Es ist wichtig, dass die Regulierungsstellen die Erforschung neuer und potenziell wirksamerer Methoden zur Verhinderung und Aufdeckung von Finanzkriminalität unterstützen und fördern, einschließlich der Anwendung von Konzepten wie Künstlicher Intelligenz und Automatisierung, die in Abschnitt 7 dieses Berichts ausführlicher erörtert werden.

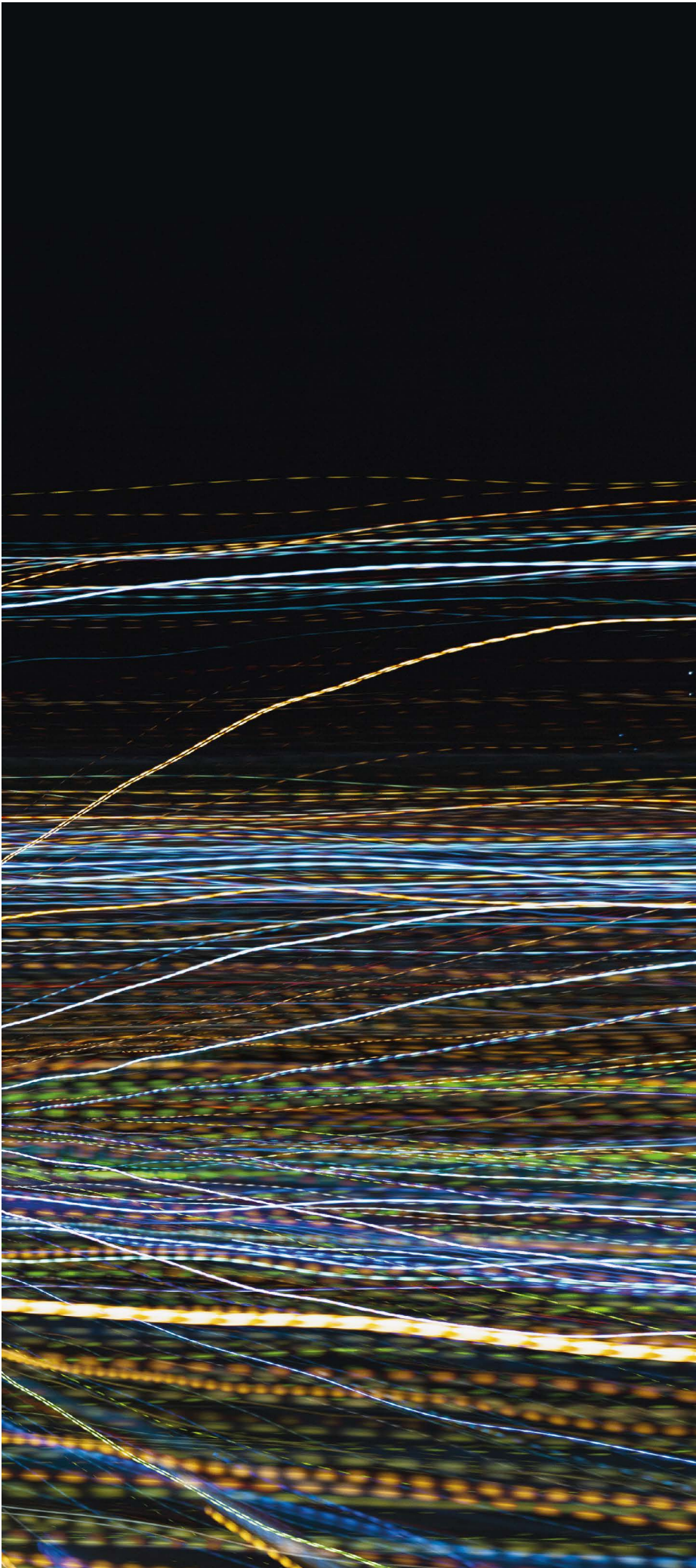
- FIU-Ressourcen: Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die FIUs über ausreichende Ressourcen verfügen, wenn sich die derzeit vom regulierten Sektor getätigten Investitionen in die Ermittlung und Meldung von Verdachten durch wirksame Analysen vollständig realisieren sollen, was sowohl zu verbesserten operativen Ergebnissen als auch zu einer effektiveren Feedback- und Präventionsschleife für Berichtersteller führen würde. Bislang bestehen hier jedoch, global betrachtet, noch Lücken.⁶¹

Der potenzielle Wert von Entsendungen zwischen den privaten und öffentlichen Sektoren wird allgemein als Mittel zur Verbesserung der Ergebnisse auf beiden Seiten anerkannt. Ein Entsendungsmodell für FIUs mit angemessener Governance würde den Stakeholdern beider Seiten einen Mehrwert bieten. Die FIU könnte das Modell zur Kapazitätsbeschaffung nutzen, ohne dass erhebliche zusätzliche Kosten anfallen. Der private Sektor wiederum hätte dadurch Mitarbeiter, die tiefes und praktisches Wissen über die Funktionsweise der Finanzkriminalität und ein besseres Verständnis der Arbeitsweisen und Prioritäten von Regierungen mitbringen, das sie nutzen könnten, um die breitflächigen Investitionen ihres Unternehmens in das Finanzkriminalität-Risikomanagement zu steuern.





Verbesserung bei uneinheitlichen Umsetzungen von Finanzkriminalitäts-Compliance-Standards und Anleitungen, sowie Schaffung regulatorischer Klarheit



Hintergrund

Die regulatorische Umsetzung von Vorschriften zur Finanzkriminalitäts-Compliance erfordert eine sorgfältige Untersuchung. Die uneinheitliche Anwendung globaler Standards kann Lücken öffnen, die von Kriminellen ausgenutzt werden können und die zu Konflikten zwischen Systemen führen, sodass eine wirksame internationale Zusammenarbeit untergraben wird. Ebenso wichtig ist es, dass die Rahmenbedingungen für das Finanzkriminalitäts-Risikomanagement so implementiert und reguliert werden, dass sie die effektive Erzielung von Ergebnissen fördern und priorisieren und die technischen Aspekte der Compliance nicht als Selbstzweck betrachten.

Empfehlungen

Eine Kombination aus Einheitlichkeit internationaler und nationaler Standards und einer Klärung von regulatorischen Erwartungen würde die Beständigkeit der Risikomanagementsysteme für Finanzkriminalität verbessern und auch effektivere Rahmenbedingungen für Finanzkriminalitäts-Compliance in Finanzinstituten schaffen:

Verringerung der Mehrdeutigkeit und Abweichung bei Regulierung und Richtlinien für Finanzkriminalität

Unklarheiten in internationalen Vorschriften zur Finanzkriminalität lassen erheblichen Interpretationsspielraum und können zu einer Fragmentierung zwischen Jurisdiktionen mit widersprüchlichen Anforderungen führen. In einigen Ländern ist beispielsweise nicht festgelegt, welche Straftaten als Vortaten für die Verfolgung von Geldwäsche dienen können. Es besteht auch keine Übereinstimmung und Einheitlichkeit der Customer Due Diligence-Praktiken in den Finanzkriminalitätsrichtlinien, und in einigen Bereichen bestehen immer noch Unsicherheiten hinsichtlich der Gültigkeit und Anwendbarkeit der KYCC-Vpflichtungen („Know Your Customer's Customer“) durch Finanzinstitute sowie der möglichen Haftungsrisiken bei Nichteinhaltung dieser Anforderungen.⁶² Dies kann Probleme bei der Risikoreduzierung im internationalen Finanzsystem verschärfen, was erhebliche nachteilige Folgen für die Ziele der G20 bei

der Erhöhung der finanziellen Inklusion haben kann.

Die FATF und der Basler Ausschuss haben Schritte unternommen, um zusätzliche Leitlinien zu einigen dieser Themen, einschließlich KYCC, im Zusammenhang mit dem Korrespondenzbankenbereich bereitzustellen.⁶³ Wie jedoch vom FSB festgestellt,⁶⁴ sollten den Leitlinien der FATF und des Basler Ausschuss Erklärungen der nationalen Regulierungsbehörden folgen, in denen die Erwartungen im Inland klargestellt werden, damit sie in den Aufsichtspraktiken und Risikomanagementprogrammen der Banken angemessen berücksichtigt werden.

Die Leitlinien der FATF zu etablierten Empfehlungen oder Grundsätzen können nur teilweise die Regulierungssicherheit geben, die sowohl der Privatsektor als auch die nationalen Behörden benötigen; sie müssen auch in den Jurisdiktionen aller Mitgliedstaaten nach Treu und Glauben angewendet werden, um ihren Zweck voll auf zu erfüllen. Leitlinien sind im Allgemeinen unverbindlich und können aufgrund widersprüchlicher Regeln in bestimmten Jurisdiktionen manchmal sogar unzulässig sein. Es ist Aufgabe der nationalen Behörden, die regulatorischen Erwartungen hinsichtlich ihrer endgültigen Wirkung zu klären. Letztendlich müssen die FATF-Leitlinien in allen Jurisdiktionen umfassend und transparent angenommen werden, andernfalls besteht ein Risiko, dass der Status Quo bestehen bleibt.

Klärung der regulatorischen Erwartungen

Der öffentliche Sektor muss Richtlinien so definieren und überwachen, dass die Finanzinstitute die Vorstellungen der Regierung umsetzen können. Klare und konsequente Richtlinien des öffentlichen Sektors, die auf der Ebene der Bankmitarbeiter gewissenhaft umgesetzt werden, sind in diesem Zusammenhang von entscheidender Bedeutung. Die Umsetzung des Regulierungssystems im Bereich der Finanzkriminalität in ein umsetzbares Compliance-Programm kann zuweilen durch die Dissonanz zwischen regulatorischen Erwar-

tungen, die sich auf die Aufdeckung, Prävention und Störung von Finanzkriminalität konzentrieren, und einem Bewertungsrasster mit Schwerpunkt auf der technischen Konformität des Compliance-Programms im Finanzinstitut beeinträchtigt werden. In den USA beispielsweise konzentriert sich das BSA/AML-Prüfungshandbuch des „Federal Financial Institutions Examination Council“ (FFIEC) auf die Compliance-Programme der Banken in Bezug auf Finanzkriminalität, anstatt den Strafverfolgungsbehörden angemessene und umsetzbare Informationen zur Verfügung zu stellen. Die Betonung der technischen oder formalen Konformität scheint auf Verbotskriterien zu beruhen, bei denen jedes Element der Maßnahmenreihe in gleicher Weise und ohne Berücksichtigung der Tatsache behandelt wird, dass manche eine wichtigere Rolle bei der Reduzierung des Finanzkriminalitäts-Risikos spielen als andere. Dies kann eine Compliance-Kultur aufrechterhalten, die das Abhaken von Listen bevorzugt und nicht von strategischen Zielen wie Aufdeckung, Prävention oder Unterbrechung bestimmt ist und daran gemessen wird.

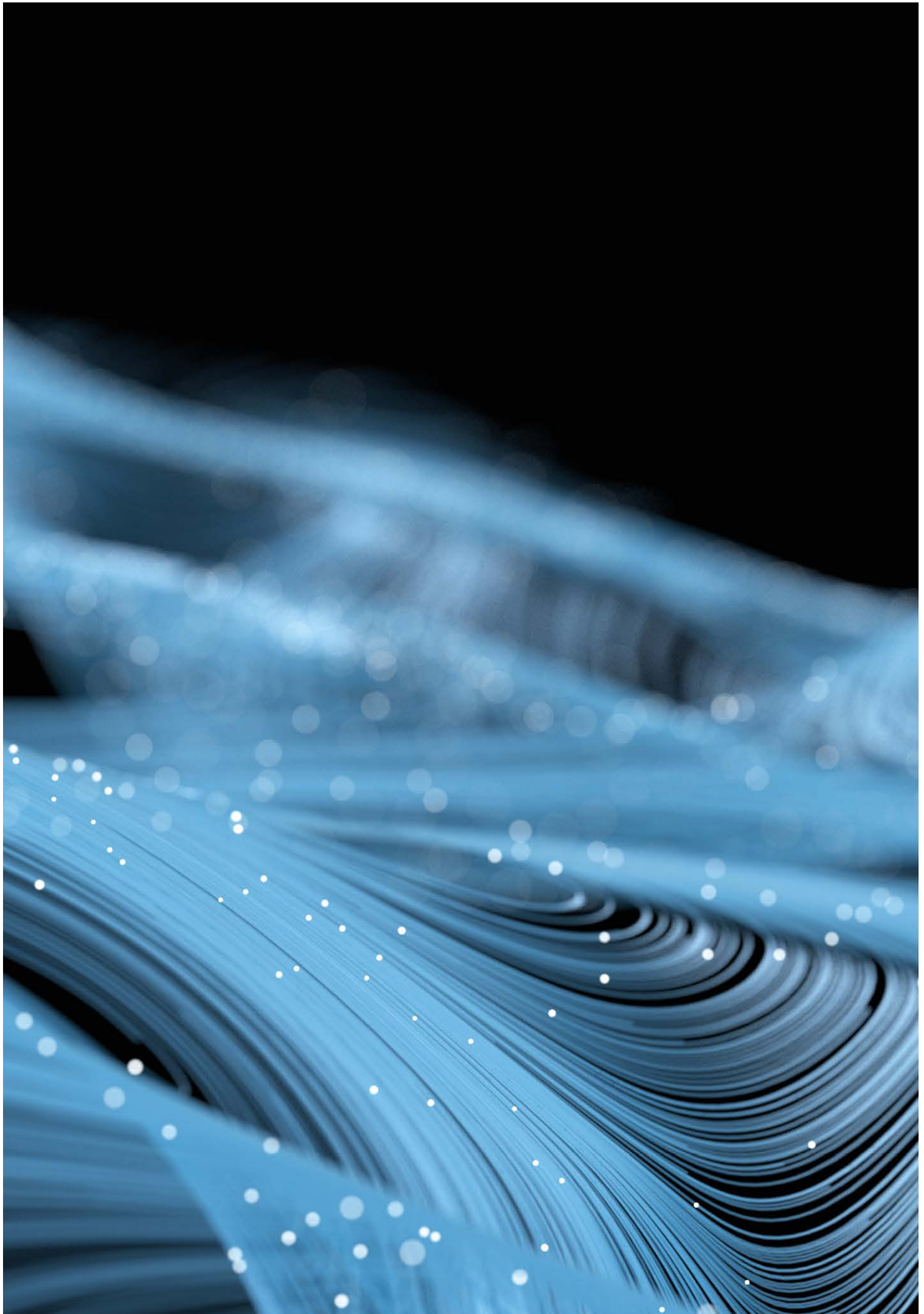
Diese Diskrepanz, wodurch die Evaluierung von Details des Finanzkriminalitäts-Compliance-Programms der Bank höhere Priorität erfährt als ihre operative Wirksamkeit, kann dazu führen, dass ein erheblicher Teil der Ressourcen darauf verwendet wird, dass die Programme den Erwartungen des Prüfers entsprechen.

Daher muss der öffentliche Sektor auf zwei Ebenen wegführend sein. Erstens muss klar, konsistent und transparent dargelegt werden, welche regulatorischen Erwartungen bestehen und wie diese in Bewertungskriterien umgesetzt werden, anhand derer die Compliance-Programme der Finanzinstitute nicht nur das Finanzkriminalitäts-Risikomanagementsystem erfüllen sollen, sondern auch ihre Wirksamkeit bei der Unterstützung der Behörden bei der Erreichung ihrer strategischen Ziele im Bereich der Finanzkriminalität.

Zweitens müssen die regulatorischen Erwartungen und ihre Bewertung im

Rahmen der Finanzkriminalitäts-Compliance einer Bank jene Entwicklungen der Bankenpraxis berücksichtigen, die sowohl die Regulation wie auch die technologischen Entwicklungen übertroffen haben, insbesondere im Hinblick auf Instrumente, die von Finanzkriminalitäts-Compliance-Abteilungen entwickelt werden und bei der Risikominimierung von Finanzkriminalität eingesetzt werden. Wie und was bei der Untersuchung des Finanz-Compliance-Programms einer Bank bewertet wird, muss die sich verändernde Compliance-Landschaft berücksichtigen und dies auf eine Weise tun, die die flexiblen und innovativen Ansätze der Banken bei der Erfüllung von regulatorischen Erwartungen und Regierungsvorstellungen stützt und fördert, anstatt sie zu ersticken oder zu behindern. Es gibt Anzeichen dafür, dass die Stakeholder des öffentlichen Sektors diese Überlegungen allmählich berücksichtigen.⁶⁵

„Die uneinheitliche Anwendung globaler Standards kann Lücken öffnen, die von Kriminellen ausgenutzt werden können“





Verstärkung und Verbesserung des Einsatzes von Technologie zur Bekämpfung illegaler Finanzierungen

Hintergrund

Neue Technologien haben die Bemühungen der Finanzinstitute zur Finanzkriminalitäts-Compliance dramatisch gestärkt und versprechen einen effektiven Einsatz bei den FIUs. Maschinelles Lernen und KI-Technologien haben das Potenzial, große Mengen komplexer Daten selbst zu lernen und zu analysieren, und verbessern die Überwachung und Analyse verdächtiger Aktivitäten bei den Kundenkonten und Zahlungssystemen von Finanzinstituten. Beispielsweise haben die von Überwachungssystemen erzeugten falsch-positive Alerts durch diese Technologie abgenommen, während sie auch komplexere Geldwäschestrukturen erkennen. Wie bereits erwähnt, könnte die Verwendung homomorpher Verschlüsselungs- und/oder Zero-Knowledge-Technologien es Finanzinstituten ermöglichen, bestimmte Arten von Informationen gegenseitig zu überprüfen, ohne die Sicherheit oder Vertraulichkeit der zugrundeliegenden Daten zu beeinträchtigen.

Darüber hinaus kann die Verwendung der digitalen Identifikation zu einem integrierteren Finanzsystem beitragen, das auch im Hinblick auf die Verhinderung von Finanzkriminalität, insbesondere Betrug, widerstandsfähiger ist. Die Nutzung dieser Technologie zur Stärkung des Systems sollte gefördert werden.

Weitere Arbeit und Führungsqualitäten auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene zur Förderung neuer Technologien und zur Überprüfung regulatorischer Innovationshemmnisse werden die Bemühungen zur Bekämpfung der Finanzkriminalität ebenfalls erheblich unterstützen. Die FATF hat eine führende Rolle bei der Leitung der globalen Bemühungen in diesem Bereich eingenommen und ihre weiterhin gute Arbeit sollte uneingeschränkt unterstützt werden.

Empfehlungen

Die G20-Staaten sowie die internationale Gemeinschaft sollten den Innovationsprozess in der Finanzregulierungstechnologie fördern, der die Einhaltung der Vorschriften zur Finanzkriminalität durch die Prüfung von Schlüsseltechnologien in Verbindung mit Reformen unterstützt, um den Einsatz dieser Technologien zu fördern, wo dies erforderlich und gerechtfertigt ist:

Klarstellung der regulatorischen Haltung zur Einführung neuer Technologien

Die Förderung klarer, umsetzbarer und in allen Gerichtsbarkeiten einheitlicher regulatorischer Maßnahmen ist von entscheidender Bedeutung, um die Einführung neuer Technologien in diesem Bereich zu beschleunigen und die systemische Wirksamkeit zu steigern. In den Vereinigten Staaten haben beispielsweise das Financial Crimes Enforcement Network (FinCEN) und seine Regulierungspartner eine gemeinsame Erklärung abgegeben, um Finanzinstitute zu ermutigen, innovative Ansätze zur Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und anderen illegalen finanziellen Bedrohungen zu verfolgen.⁶⁶ Dadurch wird anerkannt, dass Innovationen im Privatsektor, einschließlich neuer Methoden zur Nutzung vorhandener Tools und die Einführung neuer Technologien, Banken bei der Identifikation und Meldung von illegalen Finanzaktivitäten unterstützen können, indem sie die Wirksamkeit und Effizienz von Compliance-Programmen verbessern. Ein solcher Ansatz sollte von anderen Gerichtsbarkeiten durch internationale Koordinierung in Betracht gezogen werden und muss mit wirksamen Leitlinien ausgestattet werden, auf die sich Finanzinstitute verlassen können.

Aufbau lokaler Partnerschaften zum Testen neuer Lösungen

Einige Regulierungsbehörden führen bereits Technologie-„Sprints“ durch, um die Entwicklung innovativer Ansätze zur Verbesserung der Kontrolle von Finanzkriminalität zu unterstützen.⁶⁷ Die Erhöhung der Häufigkeit, Teilnahme und internationalen Konnektivität bei diesen Veranstaltungen trägt dazu bei, verbesserte Analysen und

Technologien gegen Finanzkriminalität schneller einzuführen. Finanzinstitute sollten auch ermutigt werden, Partner zu werden und neue Technologien zu testen, um so Best Practices in der Branche zu identifizieren und Informationen für regulatorische Leitlinien zu aktualisieren.

Verbesserung und Ausweitung des Einsatzes von Maschinellem Lernen für das Risikomanagement bei Finanzkriminalität

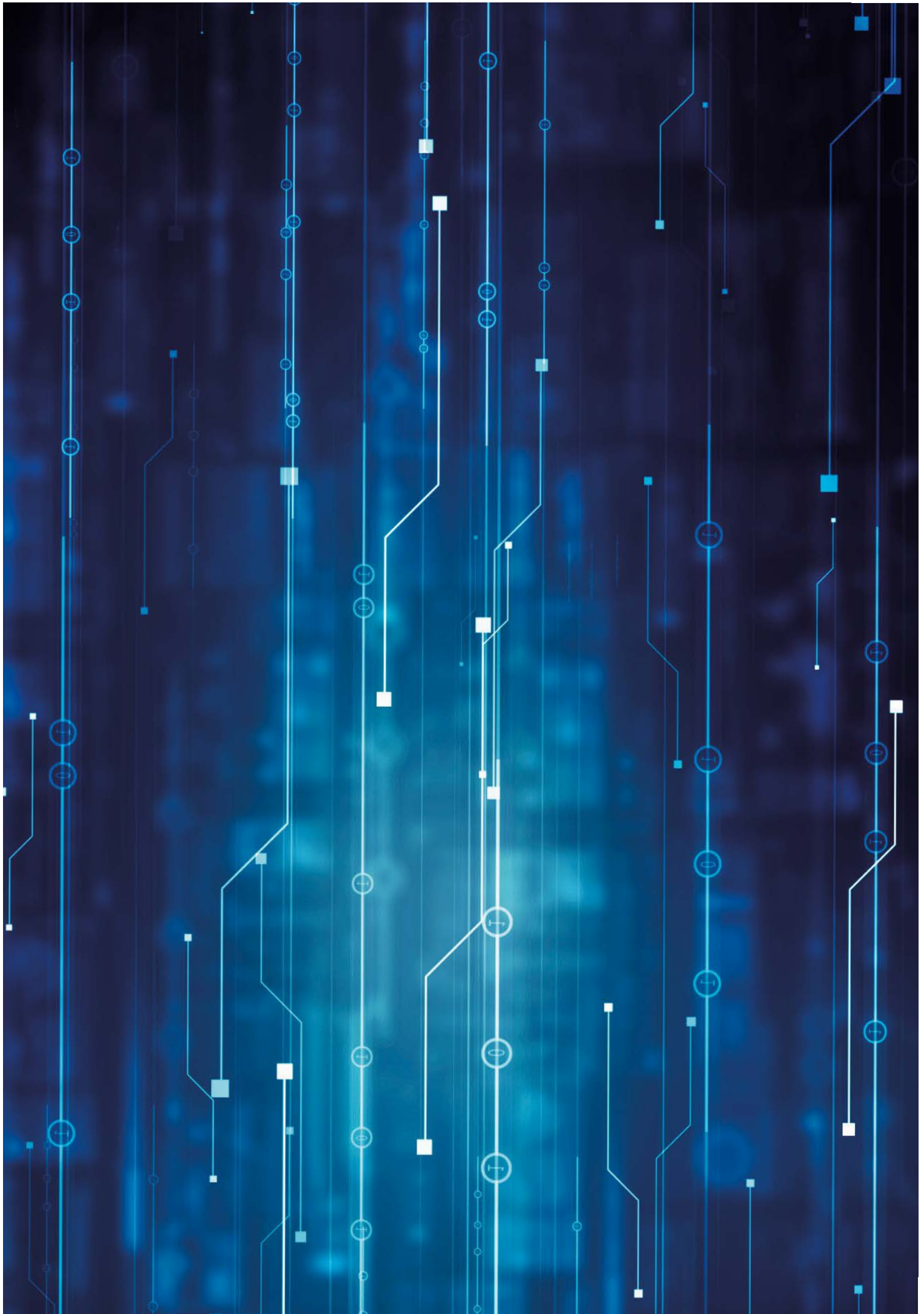
Der Einsatz von Maschinellem Lernen für das Risikomanagement bei Finanzkriminalität kann die systemische Wirksamkeit verbessern und wird immer häufiger eingesetzt. Zur Untersuchung dieses Themas befragte das IIF eine vielfältige Gruppe von Banken und Versicherungen zur Einführung oder Erforschung von Maschinellem Lernen und Künstlicher Intelligenz für AML-Zwecke. Dabei nutzte es das Interesse der Regulierungsbehörden an neuen Techniken zur Verbesserung der AML-Erkennung und Compliance, und schuf gleichzeitig eine Möglichkeit, diese neuen Entwicklungen mit der gesamten Branche zu teilen und besser zu verstehen. Dies ist besonders relevant, wenn Unternehmen die Hindernisse oder Herausforderungen im Zusammenhang mit diesen Technologien, aber auch hilfreiche Infrastrukturen und Datenfeeds sowie die operativen Erfahrungen bei der Implementierung hervorheben können.

Bei den befragten Unternehmen verbreitet sich die Anwendung maschineller Lerntechniken im Bereich der Geldwäsche in der gesamten Branche rasch. 35% der Teilnehmer nutzen sie bereits heute. Weitere 34% experimentieren aktiv mit ihnen, während 29% planen, diese Techniken in absehbarer Zeit anzuwenden. Die Analyse ergab, dass Maschinelles Lernen bereits die erwarteten Vorteile erzielt. Der wichtigste Vorteil ist eine höhere Geschwindigkeit und/oder Automatisierung der Analyse, sodass der AML-Prozess auf die neuesten Entwicklungen bei Geldwäschemethoden reagieren kann. Schnellere und automatische Schlüsselprozesse kommen allen anderen Prozessschritten zugute, die um sie herum aufgebaut sind. Unternehmen berichten

auch eine Verringerung der falsch-positiven Meldungen, sowie eine verbesserte Fähigkeit zur Generierung von Alerts, die zuvor unentdeckt blieben. Zusammen ermöglichen diese erweiterten Analysen die Identifizierung bisher unbekannter Bedrohungen, was wiederum zu einem stärkeren Verteidigungssystem beiträgt.

Trotz dieser Vorteile bleiben Finanzinstitute vorsichtig und versuchen nicht, ihre Mitarbeiter zu ersetzen. Der menschliche Experte, der, unterstützt durch die erweiterten Analysefunktionen der neuen Systeme eine endgültige Entscheidung trifft, ist das Zentrum der verschiedenen Initiativen. Die Ergebnisse hoben viele der in diesem Bericht aufgeworfenen Fragen hinsichtlich der Notwendigkeit einer einheitlichen Rechtsetzung und eines flüssigeren Informationsaustauschs zur Verbesserung der technologischen Effizienz im System hervor; dazu sprachen sie auch die Notwendigkeit einer „Erklärbarkeit“ bei der prädiktiven Modellierung durch KI an.⁶⁸ Regulierungsbehörden und politische Entscheidungsträger sollten Möglichkeiten zur Minderung der Probleme beim Informationsaustausch untersuchen, die die Einführung dieser neuen Technologie behindern, und die Industrie sollte darauf hinarbeiten, dass ihre Systeme und die Qualität ihrer Daten KI-Techniken zur Finanzkriminalitäts-Compliance unterstützen können.⁶⁹

„Die G20-Staaten sowie die internationale Gemeinschaft sollten den Innovationsprozess in der Finanzregulierungstechnologie fördern, der die Einhaltung der Vorschriften zur Finanzkriminalität durch die Prüfung von Schlüsseltechnologien in Verbindung mit Reformen unterstützt.“



Fazit

Illegale Finanzen treiben und unterstützen einige der schlimmsten Probleme, mit denen die Gesellschaft heute konfrontiert ist, darunter Terrorismus, sexuelle Ausbeutung, moderne Sklaverei, Wilderei und Drogenschmuggel.

Milliarden von Dollar wurden weltweit in AML/CFT-Bemühungen investiert. Die Eindämmung der Wirtschaftskriminalität ist jedoch nach wie vor äußerst schwierig, und das Geldvolumen, das jedes Jahr weltweit gewaschen wird, wird auf 2% bis 5% des globalen BIP, oder zwischen 715 Milliarden und 1,87 Billionen Euro, geschätzt.

Die Konzepte in diesem Bericht bauen auf der guten Arbeit auf, die derzeit von der Financial Action Task Force (FATF), anderen öffentlichen Stellen und dem privaten Sektor bei der Bewältigung dieses wichtigen Problems geleistet wird.

Die Weiterentwicklung des in diesem Artikel skizzierten informationsbasierten Ansatzes, gestützt durch sinnvolle Reformen der Rahmenbedingungen für den Informationsaustausch und die Berichterstattung, erfordert eine Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Sektoren, sowie den Einsatz von Technologien, um die Wirksamkeit der kollektiven Reaktion auf Finanzkriminalität zu verbessern, deren Auswirkungen auch jenseits des Finanzsektors zu spüren sind und eine ernsthafte Bedrohung für die gesamte Gesellschaft darstellen.

Fußnoten

01. Dies sind: Basel Committee on Banking Supervision (BCBS), Financial Stability Board (FSB), International Organization of Securities Commissions (IOSCO), sowie die International Association of Insurance Supervisors (IAIS).
02. United Nations Office on Drugs and Crime ("UNDOC"): <https://www.unodc.org/unodc/en/money-laundering/globalization.html>
03. Europol (2017) 'From Suspicion to Action: Converting financial intelligence into greater operational impact', S. 4
04. Die moderne Sklaverei wird auch als ein übergreifendes globales Problem anerkannt, das Ausbeutung von Kindern, kommerzielle sexuelle Ausbeutung und Zwangsarbeit sowie alle Arten von Menschenhandel im Sinne des Palermo-Protokolls von 2000 umfasst
05. Refinitiv (Mai 2018) 'Revealing the True Cost of Financial Crime: 2018 Survey report, S. 26
06. Illegale Finanzströme, zusammengestellt vom Antikorruptionsforum – S. 5. https://knowledgehub.transparency.org/assets/uploads/kproducts/Topic-Guide-on-Ilicit-Financial-Flows_2019.pdf
07. Refinitiv (Mai 2018) 'Revealing the True Cost of Financial Crime: 2018 Survey report, S. 5
08. Financial Action Taskforce und Asia/Pacific Group on Money Laundering, 'Financial Flows from Human Trafficking', 2018 www.fatf-gafi.org/media/fatf/content/images/Human-Trafficking-2018.pdf
09. Basel Committee on Banking Supervision (September 2012) 'Core Principles for Effective Banking Supervision', S. 9–14
10. Zusätzlich zu den in diesem Papier skizzierten Reformansätzen sollten auch von den Regierungen, insbesondere in Schwellenländern, Überlegungen angestellt werden, wie durch eine Erhöhung der allgemeinen Finanzkompetenz und eine bessere Befolgung der Gesetze mittels Justizreform dazu beigetragen werden kann, die finanzielle Inklusion zu fördern und Armut zu bekämpfen.
11. Die Financial Action Task Force (FATF) ist eine zwischenstaatliche Einrichtung, die 1989 von den Ministern ihrer Mitgliedsstaaten gegründet wurde. Die FATF war das führende Gremium bei der Festlegung globaler Standards und der Förderung der wirksamen Umsetzung von rechtlichen, regulatorischen und operativen Maßnahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Die FATF-Empfehlungen enthalten einen umfassenden und kohärenten Rahmen von Maßnahmen, die die Länder zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie zur Finanzierung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ergreifen sollten. Die FATF-Empfehlungen legen einen internationalen Standard fest, den die Länder durch Maßnahmen umsetzen sollten, die ihren besonderen Gegebenheiten entsprechen. Die FATF-Standards umfassen die Empfehlungen selbst und ihre Interpretationshinweise sowie die anwendbaren Definitionen im Glossar. Die von den FATF-Empfehlungen abgedeckten Bereiche umfassen: AML/CFT-Richtlinien und -Koordination; Geldwäsche und Beschlagnahme; Terrorismus- und Proliferationsfinanzierung; Präventionsmaßnahmen (z. B. Customer Due Diligence, Meldung verdächtiger Transaktionen); Transparenz und wirtschaftlich Berechtigte von juristischen Personen und Vereinbarungen; Befugnisse und Verantwortlichkeiten der zuständigen Behörden und andere institutionelle Maßnahmen; Internationale Kooperation.
12. Wir möchten feststellen, dass viele dieser Schlussfolgerungen in dieser Arbeit mit der FATF-Methodik zur Bewertung der Wirksamkeit übereinstimmen und sich in den Schlussfolgerungen, vorrangigen Maßnahmen und Empfehlungen aus den bilateralen Bewertungsberichten der FATF widerspiegeln, die die Notwendigkeit global koordinierter Maßnahmen zu den hier beschriebenen Themen hervorheben.
13. Darüber hinaus spielen andere internationale Normungsgremien, darunter der Basler Ausschuss und das CPML, ebenfalls eine Rolle bei der Gestaltung der Finanzkriminalitätsregularien bei der Finanzaufsicht und in der Überwachung von Zahlungssystemen und Marktinfrastrukturen.
14. Wir stellen fest, dass im Bericht der Europäischen Kommission hinsichtlich der Bewertung jüngster Geldwäschefälle bei EU-Kreditinstituten (European Commission, Report on the assessment of recent alleged money laundering cases involving EU credit institutions, Juli 2019), der Mangel an effektiven, angemessenen und abschreckenden Sanktionsbefugnissen im EU-weiten Rahmen als Fehler erkannt wurden.
15. Es gibt darüber hinaus weitere Beispiele für mangelnde Übereinstimmung der Standards außerhalb des Durchsetzungsbereichs. So können z. B. die Übernahme von schlecht geregelten investitionsgebundenen oder sogenannten „vergoldeten“ nationalen Passregelungen zu illegalen Finanzströmen führen, die dann ihren Weg in das regulierte System finden.
16. Europäische Kommission, Mitteilung: Towards a better implementation of the EU's anti-money laundering and countering the financing of terrorism framework, Juli 2019
17. Die FATF und ihre neun regionalen FATF-ähnlichen Gremien (FSRB) führen kontinuierliche Begutachtungen durch, um zu beurteilen, wie effektiv die AML/CFT-Maßnahmen ihrer jeweiligen Mitglieder in der Praxis funktionieren und wie gut die technischen Anforderungen der FATF-Empfehlungen umgesetzt wurden. Die konsolidierten Bewertungsratings deckten Jurisdiktionen in ganz EMEA, APAC und Amerika ab.
18. FATF (September 2019) 'Consolidated assessment ratings'
19. In der Tabelle wurden die Ergebnisse für 76 Gerichtsbarkeiten gesammelt, die Gegenstand einer zweifachen Bewertung waren: (1) eine Bewertung der Wirksamkeit der AML-Maßnahmen hinsichtlich einer Reihe von 11 unmittelbaren Resultaten, die die wichtigsten Ziele darstellen, die ein wirksames AML/CFT-System erreichen sollte; und (2) eine technische Bewertung, die den Umfang widerspiegelt, in dem ein Land die technischen Anforderungen der FATF-Empfehlungen umgesetzt hat.
20. Von den 76 untersuchten Jurisdiktionen wurden 39, also etwas mehr als 51%, als "nicht-compliant" (hinsichtlich größerer Mängel) in Bezug auf eine oder mehrere der FATF-Empfehlungen erachtet.
21. Die regulatorische Kohärenz wird in Abschnitt 6 dieses Artikels ausführlicher erörtert
22. Weitere Informationen finden Sie bei: Institute of International Finance (Januar 2019): Addressing Market Fragmentation: The Need for Enhanced Global Regulatory Cooperation
23. In dieser Hinsicht werden wir durch die Erklärung von FATF-Präsident Xiangmin Liu ermutigt, dass die FATF sich verpflichtet, sicherzustellen, dass die Behörden die Instrumentarien und das Know-how zur Bewertung neuer Technologien im Bereich der Finanzdienstleistungen haben und dass sie entsprechende Innovationen fördern und dass die FATF Foren einrichtet, in denen das Fachwissen zwischen den Aufsichtsbehörden hinsichtlich bewährte Verfahrensweisen aus diesem Bereich geteilt wird: Anmerkungen von FATF-Präsident Xiangmin Liu bei der Queen Mary – HSBC Annual Lecture on Financial Crime, London, 10. September 2019
24. Beispielsweise hat die Europäische Kommission kürzlich die Notwendigkeit hinreichender Ressourcen für Aufsichtsbehörden und FIUs angeführt. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass in einigen dieser Fälle die Aufsichtsbehörden der Mitgliedstaaten kritisch unterbesetzt sind (Europäische Kommission, Supranational Risk Assessment Report, Juli 2019, S. 15). Darüber hinaus hat die FATF die Besetzungs-Mängel auch in einigen Gegenseitigkeits-Begutachtungen festgestellt. Die Besetzung der FIU wird in Abschnitt 5 dieser Arbeit näher erläutert.
25. <http://www.fatf-gafi.org/media/fatf/documents/recommendations/PrivateSector-Information-Sharing.pdf> & <http://www.fatf-gafi.org/media/fatf/documents/reports/mer4/MER-United-Kingdom-2018.pdf>

26. https://rusi.org/sites/default/files/20190320_expanding_the_capability_of_financial_information-sharing_partnerships_web.pdf
27. Das JMLIT wurde 2014 gegründet und 2015 als operatives Pilotprojekt gestartet. Es bietet einen Mechanismus für die Strafverfolgung und den Finanzsektor, um Informationen auszutauschen und enger zusammenzuarbeiten, um Geldwäsche und Wirtschaftskriminalität aufzudecken, zu verhindern und zu stören. Das JMLIT befindet sich im ‚National Economic Crime Center‘.
28. Die Veröffentlichung des britischen Wirtschaftskriminalitätsplans ist ein wichtiger Schritt, um die Reaktionen des gesamten Systems auf Wirtschaftskriminalität voranzutreiben. Es baut auf den in früheren Dokumentationen eingegangenen Verpflichtungen auf (z. B. dem britischen Aktionsplan zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung 2016, der Antikorruptionsstrategie 2017 und der Strategie für schwere und organisierte Kriminalität 2018), um eine schlüssige und kollektive Formulierung von den Maßnahmen des öffentlichen und des privaten Sektors, um sicherzustellen, dass das Vereinigte Königreich nicht für Wirtschaftskriminalität missbraucht werden kann.
29. In Kanada beispielsweise fand das Engagement zwischen dem Projekt PROTECT (ursprünglich eine Initiative des Privatsektors) und dem kanadischen Zentrum für die Analyse von Finanztransaktionen und Berichten (FINTRAC) auf einer Senioritätsstufe statt, die sicherstellte, dass die Teilnehmer des Privatsektors sowohl über die Geldwäsche als auch über die Terrorismusfinanzierung informiert waren Compliance-Untersuchungen und FIU-Prioritäten von FINTRAC wurden auf den Erfolg von Project PROTECT ausgerichtet. In Australien wurde die Fintel Alliance auf einer hochkarätigen öffentlichen Veranstaltung, einschließlich politischer und Bankführung, ins Leben gerufen, nachdem ein detaillierter Satz vereinbarter Ziele entwickelt worden war. Dieses öffentliche und hochkarätige Engagement sowohl des öffentlichen als auch des privaten Sektors wird als wichtig angesehen, um den partnerschaftlichen Ansatz zu demonstrieren und um zu signalisieren, dass sowohl der öffentliche als auch der Bankensektor erhebliche Ressourcen und Anstrengungen erhalten sollten.
30. Während der Austausch taktischer Informationen zwischen ÖPP zu den wichtigsten Ergebnissen führen wird, wird angenommen, dass diese Art des Austauschs eine Herausforderung darstellt und untrennbar mit der Existenz vertrauenswürdiger bilateraler Beziehungen und geeigneter Gateways für den Informationsaustausch verbunden ist, die jeweils Zeit in Anspruch nehmen zu bauen und zu reformieren. Die gleichen Herausforderungen bestehen nicht in Bezug auf den Austausch von Typologien, und es sollten Schritte unternommen werden, um die koordinierte Entwicklung und den Austausch von Typologien zwischen ÖPP zu industrialisieren - wie in Abschnitt 3 (Empfehlungen) dieses Dokuments ausführlicher dargelegt. Darüber hinaus könnte die FATF eine stärkere Unterstützung für ÖPP in Betracht ziehen. In den FATF-Empfehlungen 29 (im Inland) und 40,9 bis 11 (international) sind die Aktivitäten festgelegt, die FIUs durchführen sollten. Es sollte erwogen werden, eine ÖPP-Anforderung hinzuzufügen, die dann als Teil der Wirksamkeitsbewertung für das unmittelbare Ergebnis der FATF 6 betrachtet werden könnte.
31. Risikoreduzierung ist ein globales Phänomen, das zu einem Rückgang der Korrespondenzbankbeziehungen führt, was sich auf die Fähigkeit auswirken kann, internationale Zahlungen zu senden und zu empfangen oder einige Zahlungsströme in den Untergrund zu treiben, mit möglichen nachteiligen Auswirkungen auf den internationalen Handel, das Wachstum und die finanzielle Inklusion als die Stabilität und Integrität des Finanzsystems. Weitere Informationen finden Sie im ‚Financial Stability Board‘, FSB-Aktionsplan zur Bewertung und Bewältigung des Rückgangs des Korrespondenzbankgeschäfts: Fortschrittsbericht, Mai 2019.
32. 2017 veröffentlichte das IIF eine Umfrage unter seinen Mitgliedern zu den rechtlichen und regulatorischen Hindernissen für einen wirksamen Informationsaustausch in Fragen der Finanzkriminalität. Die Umfrage umfasste 28 einzelne Finanzinstitute mit Informationen zu 92 Ländern in Europa, Nordamerika, Asien, Afrika, Lateinamerika und dem Nahen Osten. Auf Makroebene ergab die Umfrage, dass die überwiegende Mehrheit der Banken Einschränkungen bei der Weitergabe von Informationen zu Fragen der Finanzkriminalität als Hindernis für ein wirksames Risikomanagement feststellte und dass dieses Problem tatsächlich globaler Natur ist. Es wurde auch festgestellt, dass einige Länder in Richtung einer weiteren Einschränkung des Informationsaustauschs gehen, weshalb dringende, global koordinierte Maßnahmen von entscheidender Bedeutung sind. Der Bericht ist hier zu finden: <https://www.iif.com/publication/regulatory-report/iif-financial-crimeinformation-sharing-report>
33. Die im Dezember 2017 gestartete ‚Europol Financial Intelligence Public Private Partnership‘ (EFIPPP) bringt derzeit Ermittler, Aufsichtsbehörden und Beamte von FIUs in sieben europäischen Ländern und den USA sowie leitende Compliance-Beauftragte globaler Kreditgeber zusammen, mit dem Ziel, den Austausch operativer oder taktischer Informationen im Zusammenhang mit laufenden Ermittlungen zu erleichtern, vorbehaltlich der einschlägigen nationalen Rechtsvorschriften. Das EFIPPP befasst sich auch mit strategischen Zielen wie der Ermittlung von Möglichkeiten zur Verbesserung der Vorschriften für den Informationsaustausch.
34. Die Egmont-Gruppe besteht aus 164 FIUs, die eine Plattform für den sicheren Austausch von Fachwissen und Finanzinformationen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung bieten. Ungeachtet der Bemühungen der Egmont-Gruppe bleiben erhebliche Herausforderungen bestehen, insbesondere, dass FIUs der Gegenpartei keinen Zugang zu den spezifischen Informationen haben, die von der anfragenden FIU benötigt werden, und zeitliche Beschränkungen nicht immer eingehalten wurden. Es gibt auch das Hindernis, auf das gestoßen wird, wenn das Land, in dem die Straftat begangen wurde oder ein Gegenstand von Interesse liegt, eine FIU hat, die kein Egmont-Mitglied ist oder überhaupt keine FIU hat.
35. Es wird darauf hingewiesen, dass die ‚Monetary Authority of Singapore‘ (MAS) kürzlich ein Schreiben an ihre Banken herausgegeben hat, in dem ihre Position zu diesem Punkt klargestellt wird und klargestellt wird, dass Informationen gruppenweit ausgetauscht werden sollten, um Finanzkriminalität zu verhindern. Das Vereinigte Königreich plant, auch einen ähnlichen Ansatz zu verfolgen, und obwohl dies ein äußerst nützlicher Schritt sein wird, um sicherzustellen, dass die Banken das Risiko von Finanzkriminalität intern besser verstehen können, werden die Beschränkungen des Informationsaustauschs zwischen Banken im In- und Ausland nicht berücksichtigt, oder die Weitergabe internationaler Informationen an eine lokale Strafverfolgungsbehörde. In ähnlicher Weise hat das ‚Financial Crimes Enforcement Network‘, Administrator des ‚Bank Secrecy Act‘ (BSA) in den USA, bereits im Januar 2011 die Umstände geklärt, unter denen SAR-Informationen an verbundene Unternehmen weitergegeben werden könnten. Die Final Rule und die dazugehörigen Leitlinien erweiterten die Fähigkeit bestimmter Finanzinstitute, SARs oder Informationen, die das Bestehen einer SAR mit bestimmten verbundenen Unternehmen belegen würden, weiterzugeben. In der Final Rule wird ausdrücklich anerkannt, dass der Begriff „Teilen“ innerhalb einer Unternehmensorganisation von einer verbotenen Offenlegung unterscheidbar ist, und es Finanzinstituten daher ermöglicht, mit verbundenen Unternehmen innerhalb ihrer Unternehmensorganisation zu teilen, sofern das verbundene Unternehmen selbst den Meldepflichten für verdächtige Aktivitäten unterliegt, in gemeinsamen Besitz ist und nicht selbst Gegenstand der SAR. Die Final Rule lässt jedoch die Weitergabe von SAR-Informationen an ausländische Tochterunternehmen nicht zu (es sei denn, das ausländische Tochterunternehmen ist die Muttergesellschaft oder der Hauptsitz).
36. <http://www.fatf-gafi.org/publications/fatfrecommendations/documents/consolidated-fatf-standard-information-sharing.html>
37. <https://www.theguardian.com/world/2017/mar/20/the-global-laundromat-how-did-it-work-and-who-benefited>
38. Weitere praktische Beispiele zur Größe und Komplexität der Herausforderung für einen effektiven Informationsaustausch von AML/CFT-Informationen finden Sie in der fiktiven Fallstudie des IIF zu einem globalen Finanzinstitut, die auf realen Szenarien einer Untersuchung von Finanzkriminalität basiert – das Beispiel der ‚Mundus Bank‘: https://www.iif.com/portals/0/Files/private/32370132_iif_fatf_information_shared_letter_final_2016.05.25.pdf
39. Insbesondere sollten die FATF-Empfehlungen aktualisiert werden, um die folgenden Änderungen zu berücksichtigen: 1. Die Länder sollten sicherstellen, dass Geheimhaltungs- und Datenschutzgesetze (wie die DSGVO der EU) sowie Hinweise oder ähnliche Bestimmungen den Austausch

- relevanter Informationen nicht behindern einschließlich SARs und zugehöriger zugrunde liegender Informationen über Grenzen hinweg zwischen Unternehmen desselben Konzernunternehmens; zwischen Unternehmen in verschiedenen Konzernunternehmen; und zwischen Unternehmen und Regierungen in beide Richtungen, um das Risiko von Finanzkriminalität zu steuern; 2. Die Länder sollten sicherstellen, dass ein angemessener Rechtsschutz für Banken besteht, die nach Treu und Glauben Informationen austauschen, um den Informationsaustausch wie oben beschrieben zu erleichtern (d.h. „Sichere Häfen“). 3. Die Länder sollten sicherstellen, dass die geltenden Gesetze die Aufnahme dieses Verdachts nicht verhindern, wenn ein Unternehmen verpflichtet ist, einen Verdacht zu melden, der ganz oder teilweise auf Informationen beruht, die von außerhalb seines eigenen Konzernunternehmens oder aus anderen Gerichtsbarkeiten stammen Informationen in dem Bericht, der eingereicht werden soll; 4. Die Länder sollten sicherstellen, dass die geltenden Gesetze die Einreichung identischer Berichte in jeder relevanten Gerichtsbarkeit erleichtern, wenn ein Unternehmen verpflichtet ist, einen Verdacht zu melden, der sich auf Aktivitäten in einer Reihe von Konzernunternehmen oder einer Reihe von Gerichtsbarkeiten bezieht.
40. Insbesondere hat die FATF im November 2017 Änderungen an den Empfehlungen angenommen, um die Anforderungen der FATF an den Informationsaustausch und die Methodik zur Bewertung der Einhaltung der Empfehlungen zu präzisieren. Diese Überarbeitungen waren hilfreich, um zu klären, wie Prüfer und Berater den Umfang des Informationsaustauschs auf konzernweiter Ebene, einschließlich mit Zweigstellen und Tochterunternehmen, bestimmen sollten und ob ausreichende Sicherheitsvorkehrungen getroffen wurden, um die Vertraulichkeit zu gewährleisten und Trinkgeld zu verhindern.
 41. Im Februar 2018 nahm die FATF auch Überarbeitungen der Empfehlung 2 zur nationalen Zusammenarbeit und Koordinierung an. Mit den Änderungen wurde die Empfehlung um den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden erweitert und betont, dass die Zusammenarbeit die Koordinierung mit den zuständigen Behörden umfassen sollte, um die Vereinbarkeit der AML/CFT-Anforderungen mit den Datenschutzbestimmungen für Datenschutz und Privatsphäre (DPP) und anderen ähnlichen Bestimmungen (z.B. Datensicherheit/Lokalisierung). Wir glauben, dass diese Änderung dazu beitragen wird, die Kompatibilität der AML/CFT- und DPP-Regeln zu verbessern und den Informationsaustausch innerhalb des Privatsektors zu erleichtern.
 42. H. R. 2514, das Gesetz über die Koordinierung, Überwachung und Innovation von Technologie und Prüferreform (das „COUNTER Act“), steht derzeit vor dem Kongress an und ist die erste größere Reform des Bank Secrecy Act, 31 USA. §§ 5311 ff. („BSA“) und damit verbundene AML-Vorschriften seit 2001.
 43. Pressemitteilung der Europäischen Kommission (1. April 2019) „Kapitalmarktunion: Schaffung einer stärkeren und stärker integrierten Architektur der europäischen Finanzaufsicht, einschließlich der Bekämpfung der Geldwäsche“. Da im Bankensektor Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierungsrisiken am wahrscheinlichsten systemische Auswirkungen haben, werden die Verantwortlichkeiten für die Bekämpfung der Geldwäsche im Finanzsektor der EBA übertragen, um eine qualitativ hochwertige Überwachung der Geldwäsche und eine wirksame Koordinierung zwischen verschiedenen Behörden zu gewährleisten alle Mitgliedstaaten. Mit den neuen Regeln soll die Rolle der EBA gestärkt und der EBA die erforderlichen Instrumente und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um eine wirksame Zusammenarbeit und Konvergenz der Aufsichtsstandards sicherzustellen. Insbesondere wurde der EBA die Aufgabe übertragen, sicherzustellen, dass die Risiken von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung im Finanzsystem der Union wirksam und konsequent in die Aufsichtsstrategien und -praktiken aller relevanten Behörden einbezogen werden.
 44. Europäische Kommission (24. Juli 2019) „Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Bewertung des Rahmens für die Zusammenarbeit zwischen Financial Intelligence Units“, S. 10 - 11. Der Bericht der Europäischen Kommission über die jüngsten Geldwäschefälle, an denen EU Finanzinstitute beteiligt sind, stellt fest, dass mehrere Behörden der Mitgliedstaaten, die Vertraulichkeitsanforderungen berücksichtigten, eine effiziente Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen FIUs, Strafverfolgungsbehörden, Aufsichtsbehörden und Aufsichtsbehörden für Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung verhindern. Die Zusammenarbeit zwischen Behörden der Union und Drittländern wurde ebenfalls als schwierig angesehen, wobei die Kommission Bedenken äußerte, dass die Übermittlung von Daten in bestimmten Fällen gegen die Allgemeine Datenschutzverordnung (DSGVO) verstoßen könnte.
 45. Der ‚Common Reporting Standard‘ (CRS) ist ein Informationsstandard für den automatischen Informationsaustausch (AEOI) über Bankkonten auf globaler Ebene zwischen Steuerbehörden, den die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 2014 entwickelt hat.
 46. Der Verband der Banken in Singapur (2018), Industry Banking KYC Utility Project After Report - Wissensaustausch, S. 1
 47. Task Force Finanzielle Maßnahmen, Internationale Standards zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung von Terrorismus und Proliferation, Die FATF-Empfehlungen (aktualisiert Juni 2019), Empfehlung 10 (Customer Due Diligence), S. 12
 48. <https://www.bbc.co.uk/news/world-41880153>
 49. Task Force für finanzielle Maßnahmen, Internationale Standards zur Bekämpfung der Geldwäsche und zur Finanzierung von Terrorismus und Verbreitung, Die FATF-Empfehlungen (aktualisiert im Juni 2019), Empfehlung 24 und 25 (in Bezug auf juristische Personen bzw. rechtliche Regelungen), S. 20
 50. Beispielsweise wurde mit der Einführung der Regel „Personen mit erheblicher Kontrolle“ in Großbritannien im Jahr 2016, die jeden, der ein Unternehmen gründet, verpflichtet, die Person zu benennen, der es tatsächlich gehört, angeblich versucht, die Möglichkeit der Verschleierung der Identität des letztendlichen wirtschaftlich Berechtigten auszuschließen durch eine Eigentümerstruktur, die über das Vereinigte Königreich hinaus zu Gerichtsbarkeiten mit undurchsichtigen Unternehmensstrukturen und Vorschriften zur Offenlegung von wirtschaftlichem Eigentum führte. In der Praxis wird die Richtigkeit und Qualität der Informationen, die von den im Companies House gegründeten Unternehmen bereitgestellt werden, jedoch weder überprüft noch verifiziert. Ein solches Beispiel für eine schlechte Datenüberwachung und -verwaltung kann zu Informationen führen, deren Richtigkeit von Finanzinstituten nicht inhaltlich zur Erfüllung ihrer KYC-Verpflichtungen beim Onboarding und der anschließenden Due Diligence herangezogen werden kann.
 51. Der LEI ist ein 20-stelliger alphanumerischer Code, der auf der Norm ISO 17442 basiert, die von der Internationalen Organisation für Normung (ISO) entwickelt wurde. Es stellt eine Verbindung zu wichtigen Referenzinformationen her, die eine klare und eindeutige Identifizierung der an Finanztransaktionen beteiligten juristischen Personen ermöglichen. <https://www.gleif.org/de/about-lei/introducing-the-legal-entity-identifier-lei>
 52. Weitere Informationen zu MANSA finden Sie unter: https://www.mansafrica.com/wps/portal/AFRIXEM_Portal/Home!/ut/p/z1/04_Sj9CPyKssy0x-PLMnMz0vMAfJo8zifSx9DQyN_Q38DDw9XAwC3X3cTf19jYzd_U30w9EUhBm6GTiaB4QaBgUYGh4GuthKaYfQwFvWEO4GhAwP5gAZt7 MZwH0Y_HAoL6o_AqAbmAkB8KckNDQyMMMgH54TLZ/dz/d5/L2dBISvZ0FBIS9nQSEh/
 53. Das KYC-Register ist ein globales Repository standardisierter, aktueller Due-Diligence-Dokumente und -Daten. Das KYC-Register nutzt eine Community von über 7500 Finanzinstituten mit Korrespondenznetzwerken, um ein einziges zentrales Informationsarchiv bereitzustellen, das SWIFT validiert und auf Vollständigkeit und Richtigkeit überprüft. Korrespondenten profitieren von der Möglichkeit, ihre eigenen Daten zur KYC-Registrierung hinzuzufügen, damit andere darauf zugreifen können, und müssen nicht mehr einzeln auf jede eingehende KYC-Anfrage antworten.
 54. Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie Aufhebung der Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

55. Weitere Informationen zu Digital ID finden Sie unter: IIF, Digital Identities in Financial Services, Teil 1: Einbettung in AML Frameworks, August 2019: https://www.iif.com/Portals/0/Files/content/Innovation/08272019_iif_digital_id_part_1.pdf
56. Bank Policy Institute, Getting to Effectiveness - Report on US Financial Institution Resources Devoted to BSA/AML and Sanctions Compliance (29. Oktober 2018) S. 3. Der größte Anteil der in dieser Studie identifizierten Ressourcen wurde mit 48,6% des AML/BSA-Compliance-Personals als „Andere“ identifiziert (Dazu gehörte u.a. Personal, das an AML/BSA-Schulungen beteiligt ist, an Entwicklung von Richtlinien und Verfahren, an der Qualitätssicherung und Überwachung und am Durchführen von Tests).
57. Financial Action Task Force, Anti-money laundering and counter-terrorist financing measures: United Kingdom Mutual Evaluation Report (Dezember 2018) S. 49
58. Europol (2017) ‚From Suspicion to Action: Converting financial intelligence into greater operational impact‘, S. 29-31. Für den Zweck des Berichts wurde die Umwandlungsrate definiert als die Art und Weise, in der eine SAR verwendet wurde, z. B. als Element für weitere Analysen, zur Verwendung im Rahmen laufender Untersuchungen oder zur Eröffnung eines neuen Falls. In dem Bericht wurden auch die Herausforderungen bei grenzüberschreitenden Evaluationen von SAR-Umwandlungsraten dargestellt, die sich, unter anderem, aus den unterschiedlichen Aufgabenbereichen der verschiedenen EU FIUs und aus Methoden zur Aufzeichnung und Analyse von Informationen ergeben, so dass die Berechnung einer aussagekräftigen Umwandlungsrate schwierig ist.
59. Zum Beispiel könnte eine Regulierungsbehörde eine nationale Risikobewertung verwenden oder ein gemeinsam vereinbartes Verfahren zur Gefahrenabschätzung, um den Banken ein Leitlinien-Element für denjenigen Anteil der Ressourcen, die sich auf vorrangige Gefahrenquellen fokussieren sollen, zu geben.
60. Wir stellen ferner fest, dass eine Arbeitsgruppe, die von der Asian Development Bank (ADB) gesponsert wird, derzeit an einem Modell zur länderübergreifenden Standardisierung einiger Datenelemente des SAR - wenn auch nicht die gesamte SAR - arbeitet. Wir denken, dass diese Initiative, kombiniert mit den in der vorliegenden Arbeit benannten Empfehlungen gefördert werden sollte, damit Eckdaten länderübergreifend vergleichbar werden können; damit Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen im grenzüberschreitenden Handel ermöglicht wird; damit SAR-Datenanalyse und die Identifizierung von Trends erleichtert werden, insbesondere bei handelsbasierter Geldwäsche (TBML); und damit ein besseres Verständnis unter den Interessengruppen darüber erzeugt werden kann, welche Datenpunkte zu wesentlichen Ergebnissen führen.
61. So hat beispielsweise die Europäische Kommission kürzlich die Notwendigkeit von geeigneten Ressourcen für Aufsichtsbehörden und FIUs adressiert. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass in einigen Fällen die Aufsichtsbehörden der Mitgliedstaaten kritisch unterbesetzt sind (European Commission, Supranational Risk Assessment Report, Juli 2019, S. 15).
62. Die Angelegenheit des KYCC wurde jedoch in den FATF-Leitlinien behandelt, wobei angemerkt wird, dass die sowohl die Übernahme wie auch das Verständnis dieser Leitlinien weltweit nicht einheitlich sind: FATF Guidance, Correspondent Banking Services, Oktober 2016
63. IBID and BCBS, Sound management of risks related to money laundering and financing of terrorism: revisions to correspondent banking annex – final document, Juni 2017
64. FSB action plan to assess and address the decline in correspondent banking: Progress report to G20 Summit of Juli 2017, S. 2.
65. So wurde beispielsweise in den USA in einem Statement, welches der Office of the Controller of Currency beim US Senate Committee on Banking, Housing, and Urban Affairs im November 2018 eingereicht hat, hervorgehoben, dass es die Führung bei der Einrichtung einer Arbeitsgruppe übernommen hatte, die neben der genannten Behörde auch andere „Bundesbank-Agenturen“ innerhalb des FinCEN umfasst, welche beauftragt war mit der Förderung innovativer und proaktiver Ansätze zum „Identifizieren, Erkennen und Berichten von Finanzkriminalität und der Erfüllung der regulatorischen Verpflichtungen von BSA/AML; sowie mit der Klärung, dass die Agenturen weniger einen Null-Toleranz-Ansatz für die BSA/AML-Aufsicht verfolgen, als vielmehr einen risikobasierten Ansatz bei dem Prüfungsansatz verfolgen“. Testimony of Grovetta N. Gardineer (Senior Deputy Comptroller for Compliance and Community Affairs – Office Of The Comptroller Of The Currency) Before the Committee on Banking, Housing, and Urban Affairs United States Senate, 29. November 2018
66. Board of Governors of the Federal Reserve System, Federal Deposit Insurance Corporation, Financial Crimes Enforcement Network, National Credit Union Administration, Office of the Comptroller of the Currency; Joint Statement on Innovative Efforts to Combat Money Laundering and Terrorist Financing, Dezember 2018.
67. Die britische Finanzaufsichtsbehörde veranstaltet beispielsweise regelmäßig „TechSprints“ zur Bekämpfung von Geldwäsche und Finanzkriminalität. Mit dem TechSprint soll untersucht werden, wie neue Technologien und eine verstärkte internationale Zusammenarbeit dazu beitragen können, die Präventions- und Aufdeckungsraten für die Einhaltung von Finanzkriminalität zu verbessern. <https://www.fca.org.uk/events/techsprints/2019-global-aml-and-financial-crime-techsprint>
68. Weitere Informationen zu Fragen der Erklärbarkeit beim maschinellen Lernen finden Sie unter: IIF, Machine Learning Paper on Explainability in Predictive Modeling, November 2018: <https://www.iif.com/Publications/ID/1423/> Maschinelles Lernpapier zur Erklärbarkeit in der prädiktiven Modellierung
69. Eine vollständige Liste der Empfehlungen und Probleme zum maschinellen Lernen bei AML finden Sie unter: <https://www.iif.com/publication/regulatory-report/machinelearning-anti-money-laundering>

Key Contacts

IIF

Tim Adams

President and Chief
Executive Officer
Tel: +1 202 857 3600

Andres Portilla

Managing Director,
Regulatory Affairs
Tel: +1 202 857 3645
aportilla@iif.com

Matthew Ekberg

Senior Policy Advisor and
Head of IIF London Office
Tel: +44 207 006 4149
mekberg@iif.com

Deloitte

Michael Shepard

Principal
Deloitte Risk and Financial Advisory Global
Financial Crime Practice leader

Rob Wainwright

Partner
Deloitte Risk Advisory

Katie Jackson

Partner
Deloitte Forensic

Tamsin Baumann

Partner
Deloitte Forensic

Chris Bostock

Director
Deloitte Forensic

Abu Saleh

Manager
Deloitte

Pablo Sapiains Lagos

Manager
Deloitte

Karl Payeur

Partner
Deloitte Forensic France
Tel: +33 155 617 431
KPayeur@deloitte.fr

Matthias Rode

Partner
Deloitte Forensic Germany
Tel: +49 697 5695 6089
mattrode@deloitte.de

Michael JJ Martin

Partner
Deloitte Forensic Luxembourg
Tel: +352 451 452 449
michamartin@deloitte.lu

Svetlana Gandjova

Partner
Deloitte Forensic Austria
Tel: +43 153 700 4621
sgandjova@deloitte.at

Alexander Nagy

Partner
Deloitte Forensic Czech Republic
Tel: +420 246 042 615
alnagy@deloittece.com

Deloitte.

Diese Veröffentlichung enthält ausschließlich allgemeine Informationen, die nicht geeignet sind, den besonderen Umständen des Einzelfalls gerecht zu werden, und ist nicht dazu bestimmt, Grundlage für wirtschaftliche oder sonstige Entscheidungen zu sein. Weder die Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft noch Deloitte Touche Tohmatsu Limited, noch ihre Mitgliedsunternehmen oder deren verbundene Unternehmen (insgesamt das „Deloitte Netzwerk“) erbringen mittels dieser Veröffentlichung professionelle Beratungs- oder Dienstleistungen. Keines der Mitgliedsunternehmen des Deloitte Netzwerks ist verantwortlich für Verluste jedweder Art, die irgendjemand im Vertrauen auf diese Veröffentlichung erlitten hat.

Deloitte bezieht sich auf Deloitte Touche Tohmatsu Limited („DTTL“), eine „private company limited by guarantee“ (Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach britischem Recht), ihr Netzwerk von Mitgliedsunternehmen und ihre verbundenen Unternehmen. DTTL und jedes ihrer Mitgliedsunternehmen sind rechtlich selbstständig und unabhängig. DTTL (auch „Deloitte Global“ genannt) erbringt selbst keine Leistungen gegenüber Mandanten. Eine detailliertere Beschreibung von DTTL und ihren Mitgliedsunternehmen finden Sie auf www.deloitte.com/de/UeberUns.

Deloitte erbringt Dienstleistungen in den Bereichen Wirtschaftsprüfung, Risk Advisory, Steuerberatung, Financial Advisory und Consulting für Unternehmen und Institutionen aus allen Wirtschaftszweigen; Rechtsberatung wird in Deutschland von Deloitte Legal erbracht. Mit einem weltweiten Netzwerk von Mitgliedsgesellschaften in mehr als 150 Ländern verbindet Deloitte herausragende Kompetenz mit erstklassigen Leistungen und unterstützt Kunden bei der Lösung ihrer komplexen unternehmerischen Herausforderungen. Making an impact that matters – für die rund 312.000 Mitarbeiter von Deloitte ist dies gemeinsames Leitbild und individueller Anspruch zugleich.